

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 24 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interlions-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtene Kolonialzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Karzen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Schlafstellen-Karzen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Diskont für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Negation der Sozialdemokratie.

I.

Das Vorgehen der badischen Landtagsfraktion hat den Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“, Dr. Bloch, zu einem Pronunciamento, einer programmatischen Kundgebung, veranlaßt, die mit Konsequenz und logischer Schärfe, wenn auch nicht die letzten, so doch immerhin die vorletzten Ziele enthüllt, zu der die Taktik der badischen Fraktion führen soll. Die Artikelserie, die Genosse Kolb zur Rechtfertigung seiner und seiner Kollegen Haltung veröffentlicht hat, bewegt sich in ähnlichen Gedankengängen, nur daß sie in den Voraussetzungen stecken bleibt und davon absieht, die Folgerungen zu ziehen, vor denen Dr. Bloch nicht zurückschreckt. Dr. Bloch mag vielen seiner engeren Gesinnungsgenossen als das enfant terrible, das Schreckenskind des Revisionismus gelten, aber der Schrecken rührt daher, daß Kinder die Wahrheit sagen.

Dr. Bloch beginnt mit einer Darlegung der allgemeinen politischen Situation, die der Sozialdemokratie eine Politik der Transigenz, der Zugeständnisse, des Zusammenarbeitens mit anderen Parteien zur Pflicht mache. Das Votumexperiment des Fürsten Bülow habe zum erstenmal in Deutschland einen bewußten Parlamentarismus angebahnt. Dieser erste Versuch habe in allen politischen Kreisen, selbst in denen, die es nicht wahr haben wollen, das Verlangen nach einer allmählichen Annäherung an die parlamentarische Regierungsmethode hinterlassen, wenn auch auf Grundlage ganz anderer Parteikonstellationen. Der ungeübte neue Leiter der Regierung habe das anfangs nicht begriffen. Die Erfahrungen mit der preussischen Wahlreform aber haben ihn eines Besseren belehrt. Dies beweise der Ministerwechsel. Die deutsche, rein journalistische, politisch unerfahrene Presse habe diesen meist nur in kleinlich-persönlicher Manier behandelt. Dr. Bloch aber sieht darin den Beweis, daß man in der Regierung das Ressortprinzip, bei dem jeder Minister seine eigene Politik treiben kann, aufgeben möchte und den Wert der Homogenität der Regierung einzusehen beginne. Der Einheitlichkeit der Regierung selber müsse dann die Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit folgen.

Man sieht, Dr. Bloch ist ein strenger Kritiker. Für die deutsche Presse — und da ist gewiß vor allem die sozialdemokratische und demokratisch-liberale gemeint — kann er nicht genug harte Worte finden. Und mit Recht. War sie doch bisher der Meinung, daß einem parlamentarischen System nach westeuropäischem Muster in Deutschland sowohl bei der Regierung und ihren Stützen in der Bureaucratie, in den Hof- und Militärkreisen, als auch bei den reaktionären Parteien, den Konservativen, dem Zentrum und selbst einem Teil der Nationalliberalen die größten Hindernisse würden beseitigt werden. Doch Dr. Bloch weiß es besser. Er weiß, daß alle politischen Kreise, selbst die, die es „nicht wahr haben“ wollen, eine Annäherung an die parlamentarische Regierungsmethode verlangen. Ergen diese Erkenntnis des Unbewußten wird freilich die „deutsche Presse“ nicht aufkommen können.

Und doch, welche Perspektiven eröffnet solche Politik, die sich nur auf das Unbewußte gründet! Da ist Herr Bethmann mit seinen neuen Ministern und seiner „Homogenität“. Die Presse sah in der Ernennung einiger freikonservativ gerichteter Bureaucraten, die Freunde des Kanzlers oder des Kaisers waren, in ihrer „kleinlich persönlichen Manier“ sicher alles andere als einen Systemwechsel. Dr. Bloch weiß, daß die „Homogenität“ nur dazu dienen soll, eine Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit (im preussischen Dreiklassenhaus oder im jetzigen oder erst im künftigen Reichstag?) vorzubereiten. Herr v. Bethmann wird das wahrscheinlich „nicht wahr haben“ wollen, aber was kann das unseren Politiker des Unbewußten bekümmern? Er überläßt der unerfahrenen deutschen Presse die Erinnerung, daß niemand eifersüchtiger als Bismarck auf die Homogenität der Regierung geachtet und eigene Politik der Ressortminister verhindert hatte, ohne daß solcher Homogenität je die „Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlament“ gefolgt wäre. Ihm genügt es, wenn er aus dem Studium des Unbewußten die Überzeugung gewonnen hat, daß jetzt der psychologische Moment für die Sozialdemokratie gekommen sei, ihre bisherige Politik völlig zu ändern.

Damit ist zugleich der psychologische Moment für unseren Kritiker gekommen, sich der Umstände bewußt zu werden, die einer Politik des Zusammengehens der Arbeiterpartei mit den bürgerlichen Parteien entgegenstehen und damit gewinnt auch seine Darlegung ersten Charakters.

Was das Versteht von dem Großblock von Wassermann bis Bebel so unerträglich macht, ist der Umstand, daß kein einziger der Vorfürworter irgendwie sich bemühte, die konkreten Voraussetzungen und Ziele zu bestimmen, denen dieses politische Gebilde dienen sollte. Denn daß die blauschwarze Koalition ihre Majorität im Reichstage verliere, ist ein Ziel, wozu es keiner besonderen weitgehenden politischen Abmachungen bedarf. Die Stimmung in den Volksmassen dürgt dafür, daß Zentrum und Konservative im künftigen Reichstage allein nicht mehr die Majorität haben werden. Wie stark sie geschwächt werden, hängt von der Haltung der liberalen Par-

teien in den Stichwahlen ab. Wird keine liberale Stimme für einen blauschwarzen Reaktionsabgegeben, so wird die Stellung der Rechten außerordentlich erschüttert. Können sich die Liberalen dazu nicht entschließen, so kommen die Blauschwarzen besser davon und die Liberalen erweisen sich wieder einmal als die Helfershelfer der Konservativen und Meritalen. Die Sozialdemokratie wird ihrerseits dafür Sorge zu tragen haben, alles zu tun, was den schlimmsten und gefährlichsten Gegnern der Arbeiterklasse Abbruch tut.

Der neue Reichstag wird sehr wichtige Probleme zu entscheiden haben. Vor allem wird die Erneuerung der Handelsverträge alle Fragen unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik aufwerfen. Der Ablauf des Flottengesetzes stellt das Parlament vor die Frage der Einschränkung der Rüstungen und einer Vereinbarung mit England. Neue Militär- und neue Steuervorlagen werden die Klassengegensätze in aller Schärfe in den parlamentarischen Kämpfen wieder spiegeln. Und gerade in diesen wichtigsten Fragen, die über die politische Zukunft Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung sind, sind Nationalliberale — um von den Fortschrittler zu schweigen — und Sozialdemokratie Todfeinde. Die Nationalliberalen sind die Treiber in der Welt- und Rüstungspolitik, sind die Interessenten der expansivsten Kolonialpolitik und sind zu allem Ueberflus fast durchwegs die heftigsten Gegner der Sozialpolitik. Dr. Bloch aber verlangt nicht etwa nur Stichwahlhilfe für die Liberalen, sondern ein dauerndes Zusammenarbeiten nach den Wahlen im Parlament. Erwartet er von den Nationalliberalen, daß sie plötzlich ihre ganze Stellung ändern und wirklich liberale Politik machen? Gemeinweg. Ein solcher Illusionist ist Dr. Bloch nicht. Er verlangt Entgegenkommen, aber nicht von den Nationalliberalen, sondern von den Sozialdemokraten und — so unglücklich das klingt — von den Fortschrittler. Wir müssen ihn selbst sprechen lassen:

„Um die Gunst der Lage wirklich ausnutzen zu können, sind aber vor allem zwei Dinge nötig. Einmal: Man darf nicht wieder durch die Betonung einer verkehrten Wirtschaftspolitik die Irrealität der eigenen Auffassung beweisen. Die neue Koalition, die sich bilden könnte, darf keine anti-agrarische Spitze haben, muß vielmehr die produktiven Kräfte von Stadt und Land zu umfassen suchen. Der Fehler des Liberalismus alten Stils, die Förderung der landwirtschaftlichen Interessen als reaktionär zu bekämpfen — ein Fehler, der die Bauern zum politischen Konservatismus gebracht, daher nur diesen gestächt hat — muß endgültig gutgemacht werden. Die rein ideologisch-demokratische Formel kann nie die Tragfähigkeit haben, die zu einer wirklichen Neugestaltung notwendig ist; das formal Politische hat nur dann Wert, wenn es der Ausdruck der sozialen Realitäten ist, also auf der Abwägung der ökonomischen Interessen der einzelnen produktiven Schichten beruht. Die Macht des Zentrums liegt in dieser Einsicht. Eine Politik gegen die Landwirtschaft ist in Deutschland nicht nur ökonomisch verfehlt, sondern im eigentlichen Sinn ausföhrlos; man muß eine industrialistische und agrarische Politik treiben.“

Wleiben wir zunächst bei diesem Punkte. Als Vertreterin der Arbeiterklasse muß die Sozialdemokratie in Deutschland wie überall in entwickelten kapitalistischen Staaten die industriellen und landwirtschaftlichen Zölle bekämpfen. Die Bekämpfung der landwirtschaftlichen Zölle namentlich wird um so wichtiger, je mehr in der neuesten Entwicklungsphase des Kapitalismus eine Tendenz der Teuerung aller landwirtschaftlichen Produkte sich durchsetzt. Dieses Klasseninteresse der arbeitenden Massen bringt sie in Gegensatz zu den Nationalliberalen, die zu den Vätern des Hochschutzzolls gehören. Dr. Bloch will aber die „neue Koalition“ nicht an solchen Kleinigkeiten scheitern lassen. Das proletarische Interesse an niedrigen Lebensmittelpreisen muß deshalb rücksichts- und bedenkenlos geopfert werden. Die Sozialdemokratie muß aufhören, die agrarische Schutzpolitik zu bekämpfen, das unmittelbare und wichtigste Interesse der Arbeiter zu verfechten. Das ist die erste Voraussetzung der reformistischen Politik.

Dabei kommt Dr. Bloch seine Politik des Unbewußten zugute. Zunächst seine eigene Unbewußtheit der ökonomischen Gesetze, die ihn in der Schutzpolitik ein industrialistisches und landwirtschaftliches Interesse erblicken läßt, während diese nur dem Profitinteresse der Großkapitalisten und der Großgrundbesitzer dient. Dr. Bloch bleibt es aber auch unbewußt, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft kein einheitliches, abstraktes Interesse der „Industrie“ und der „Landwirtschaft“ gibt, sondern daß die Klassen der Arbeiter und der Kapitalisten sowohl in Industrie als in der Landwirtschaft ganz entgegengesetzte Interessen haben. Nur aus dieser Unbewußtheit erklärt es sich, daß Dr. Bloch die Gegnerschaft gegen die Schutzpolitik nach dem Muster der agrarischen und kapitalistischen Klopfschreier mit der Gegnerschaft gegen die „Landwirtschaft“ und „Industrie“ identifizieren kann, während umgekehrt gerade sozialdemokratische Wirtschaftspolitik auf die möglichst rasche und ungehemmte Entfaltung der technischen Bedingungen landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung ausgeht. Aber darüber können ja die Genossen Verstein und David Dr. Bloch ein Privatgespräch lesen.

Sodann verläßt sich Dr. Bloch auf die Politik des Unbewußten auch darin, daß er offenbar damit rechnet, daß den Arbeitern die Preisgabe ihrer Interessen gar nicht zum Bewußtsein kommen werde; denn es wäre un-

erfindlich, wie ihrer Interessen bewußte Arbeiter einer Partei folgen könnten, die so offenkundig ihre Interessen denen ihrer Klassengegner aufopfert.

Harden und Dernburg.

Sie waren einst die besten Freunde, der geniale Bankdirektor Bernhard Dernburg und der geistreichende Herausgeber der „Zukunft“, Herr Maximilian Harden. Verwandte Seelen finden sich bekanntlich zu Wasser und zu Land, und so hatten sich auch diese beiden hervorragenden Herrenmenschen gefunden. Verband sie doch nicht nur das Gefühl der Abstammung aus demselben auserwählten Volk, sondern auch dieselbe Überzeugung ihrer phänomenalen geistigen Ueberlegenheit, dieselbe Begabung für die höhere Blague und dasselbe ausgesprochene schauspielerische Talent — wenn auch bisher nur einer von beiden, Herr Harden, versucht hatte, dieses Talent auf den Breiten zu verwerten, die die Welt bedeuten. Herr Dernburg ging in Hardens Brunnewald-Villa ein und aus, bewunderte in ihm den großen Politiker, den geistreichen Journalisten und nannte ihn respektvoll „Meister“. Und entzückt über diesen Scharfblick seines Freundes, erkannte Harden in Dernburg den genialsten aller Bankdirektoren und Finanzmänner.

Doch bald litt die gegenseitige Bewunderung Schiffbruch. Jeder fand, daß die Wose des anderen doch allzu geschmacklos und arrogant sei und nannte ihn im Stillen einen posteren Vagabund. An die Stelle der Freundschaft trat bitterer Haß, besonders in Herrn Hardens sensiblen Gemüt; denn bald mußte er sehen, wie sein vom Bankdirektor zum Kolonialstaatssekretär beförderter einstiger Freund von einer gewissen Claque von Pöbeln und Finanzjournalisten als großer bürgerlicher Staatsmann gepriesen wurde und behende den Gipfel eines wohlfeilen Tagesrums erklimmte, während seine erquälten Stillkünstler nur noch bei den im ersten Semester stehenden angehenden Philologen und esthetischen Wissenschaften Anerkennung fanden. Und dieser Haß fand kaum Milderung, als auch der große Staatsmann Dernburg seinen Ministerfessel verlassen mußte, ohne für sich und die Seinen den erblichen preussischen Adel erlangt zu haben, nach dem er so lange verlangt geangelt hatte. Vegetativ ergriff Herr Harden, als die Redaktion der „Kolonialen Rundschau“ ihn zu einem Beitrag für ihre Dernburg-Nummer aufforderte, die Gelegenheit, sich grausam zu rächen. Er schrieb nämlich dem aus seinem Ante Geschiedenen folgenden schönen Nekrolog:

„Herr Dernburg scheint mir ein Mann von beträchtlichen Fähigkeiten, deren einer Sache nützliche Auswirkung aber durch das Fehlen notwendiger Hemmungen und zuverlässiger Charakterfestigkeit gehindert wird.“

Als der in seiner Stellung unheilbar gewordene, von den namhaftesten seiner Verursachern als „Schädling“ betrachtete Direktor für Handel und Industrie zum Kolonialdirektor ernannt worden war, durfte man erwarten, daß er den veraltet bürokratischen durch einen modern kaufmännischen Geschäftsbetrieb ersetzen werde. Er hat nichts getan. Wer mit der Kolonialbehörde zu tun hat, klagt über das Unmaß bürokratischer Unständlichkeit, das dort zu bewältigen sei. Dieser Zustand war nicht durch die zum Teil sehr tüchtigen Exponenten verschuldet, sondern durch den Chef. (Der auf jedem Posten noch gezeigt hat, daß er von Zeit zu Zeit zwar seine Arbeitskraft zu ungemessener Leistung zu spornen, stiller und stetiger Alltagsarbeit aber sich nicht hingeben vermag.) Ferner durfte man erwarten, daß der Kaufmann, der sich zu einer radikal-liberalen Partei gezählt hatte, die Gewöhnung an bürgerliche Sittlichkeit im Amt bewahren werde. Herr Dernburg ließ sich für seine Afrikareise eine Uniform mit Goldknöpfenpaulettes machen und stolzierte unter einer (für diese Reise ersonnenen) Staatssekretärsflagge durch Afrika. Das sind Auserlichkeiten! Vielleicht auch nicht. Aber reden wir nur von Auserlichkeiten!

Das Glenderbedürfnis des Herrn Dernburg hat eine Vertiefung der konfessionellen Gegensätze bewirkt, die dem Reich, so fürchte ich, noch schlimmen Schäden bringen, es auch in seiner internationalen Handlungsfähigkeit schwächen wird.

Während des Dernburgischen Staatssekretariates sind in Deutsch-Südwestafrika Diamanten gefunden worden. Ist das Dernburgs Verdienst? Wären sie unter Sibirien oder Hohenlohe nicht gefunden worden? Der Regieplan (über dessen Nützlichkeit die Meinungen ja noch weit auseinander gehen) und die Ausführungsbestimmungen stammen nicht aus dem Hirn des Herrn Dernburg, sondern von seinen Veratern aus dem Kreis der Großbanken. Nomina sunt odiosa.

Während dieser Zeit ist auch etwas wie eine „Stimmung“ für die Kolonien entstanden. Eine national nützliche, im ersten Sinn patriotische Stimmung, die zu Opfern bereit macht? Nein. Eine nach spekulativen Gewinnen aus Kolonialpapieren lüsterne Stimmung. Deren Folge, nach allgemeiner Voraussicht, ein an die Zeiten Lams und des Südlerschwindels erinnernder, der kolonialen Sache schädlicher Kolonialkrieg sein wird. In der Sache einer solchen Stimmung sehe ich nicht ein Verdienst, sondern eine Sünde.

Herr Dernburg hat das Reich in dem Abkommen mit Belgien (ungünstige Grenzfestsetzung, Verzicht auf die Insel Ruwimi) geschädigt. Er hat, in der Budgetkommission des Reichstages, dem er eine Ueberraschung objektiv unrichtiger Angaben und Rissen vorgetragen hatte, aus dem Mund eines konserbativen Abgeordneten das Wort hinnehmen müssen: „Wir können Ihnen nichts mehr glauben, Herr Staatssekretär!“ Er hat einen den Reichsfinanzen höchst schädlichen Vertrag (der sich hoffentlich noch als aufsehbar erweisen wird) geschlossen, einen Vertrag, gegen dessen schlimme Auswirkungen frühere Zerklammer der Kolonialdirektion (Zippelstich usw.) harmlos erscheinend; und hat sich nicht gekümmert, diesen in seinen Folgen so weit reichenden Vertrag, den, wie er genau wußte, die Reichstagsmehrheit nicht billigen

würde, einen Tag vor der Einreichung seines Abschiedsgesuches, ohne Verständigung mit Reichsamt oder Bundesrat, zu unterzeichnen. Das ist in der Geschichte deutscher Verwaltung wohl ohne Beispiel.

Eine allerliebste Leistung! Charakteristisch für Gardens gefühlvolle Häringsseele.

Mahnung zur Disziplin.

Das Züricher „Volkrecht“, das offizielle Organ der schweizerischen Sozialdemokratie, widmet dem Disziplinbruch der badischen Fraktionsmehrheit bemerkenswerte Ausführungen, denen wir das Folgende entnehmen:

„Die deutsche Sozialdemokratie war für die Arbeiterbewegung anderer Länder stets darin vorbildlich, daß sie die Einheit und Geschlossenheit der Aktion am besten zu wahren wußte. Sicher gab es zu allen Zeiten auch unter den deutschen Genossen verschiedene Meinungen über die Taktik, die für den gegebenen Zeitpunkt die beste sei, man diskutierten über diese Meinungsverschiedenheiten mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit und suchte sich gegenseitig zu überzeugen. Dieser Kampf der freien Meinungen nahm manchmal so scharfe Formen an, daß die Gegner schon jubelnd verkündeten, nun komme es endlich zur Spaltung der verhassten Sozialdemokratie. Doch jedesmal folgte die Entschärfung auf dem Fuße. Die Beschlüsse, die nach den erregten Debatten gefaßt wurden, hielten alle für maßgebend; auch jene, die ihnen in der Diskussion opponiert hatten. Dadurch war es möglich, in allen Aktionen die Schlagkraft der gesamten Partei wirksam werden zu lassen.

Das Schauspiel, das wir in anderen Ländern, vor allem in Frankreich und bis auf die Spitze getrieben in England so häufig erleben haben, daß man nicht nur miteinander diskutierte, sondern auch gegeneinander handelte, ist den deutschen Genossen, seit sie die heutige Form der Partei besaßen, erspart geblieben. Denn die gegenseitigen Verhandlungen hebt die Wirksamkeit der Aktion der Arbeiterklasse überhaupt auf. Es kommt ganz auf dasselbe heraus, ob wir unsere Handlungen gegenseitig aufheben oder ob wir überhaupt nichts tun, unsere Hände unaktiv in den Schößen legen. Die gemeinsame Aktion ist daher die Voraussetzung, unter der allein die ganze Kraft des Proletariats wirksam werden kann. An dieser gemeinsamen Aktion werden wir uns auch beteiligen, wenn wir glauben, daß momentan die Mehrheit in der Partei einen falschen Beschluß gefaßt, sich im Irrtum befindet.

Solche Irrtümer müssen an der harten Notwendigkeit der äußeren Taten erkannt werden, und können dadurch, daß im Innern der Partei Fraktionen gegeneinander wirken, nicht beseitigt werden. Im Gegenteil. Der Irrtum wird in solchem Falle noch viel länger festgehalten, weil das Nützlichwerden der Aktion nicht dem eigenen Interesse, sondern den Quereibererern der Parteigenossen zugestanden wird.

Wenn wir den Klassenkampf führen wollen, dann dürfen wir nicht nach unserer eigenen momentanen individuellen Ansicht handeln, sondern müssen uns als Glieder eines höheren Organismus, als Mitglieder der Partei fühlen. Wir müssen den Mut und die Selbstüberwindung haben, auch einmal mit unseren Genossen einen Fehler zu machen, und dürfen ihnen niemals im Momente der Aktion entgegenzutreten. Wir können nur gemeinsam kämpfen und gemeinsam siegen.“

Nachdem das Blatt für eine Prüfung der Frage plädiert hat, inwieweit der Zentralismus in der Gesamtpartei gehen darf, um nicht die Landesautonomie aufzugeben, fährt es fort:

„Der Wunsch nach Autonomie ist sicher berechtigt, wenn diese Autonomie nicht in den uns in der Schweiz nur allzu gut bekannten Kantonalgeist übergeht.“

Der Weg, den die badischen Genossen zur Erlangung der Autonomie eingeschlagen haben, ist aber ein direkt parteischädigender, weil ihr Vorgehen die offene Abhängigkeit der Gesamtpartei erkennen läßt. Am meisten wird man sich aber wundern müssen, daß die badischen Genossen keinen geeigneteren Zeitpunkt finden konnten, um die Frage der Autonomie der einzelnen Landesparteien aufzurollen, als den Moment, wo sich das gesamte Proletariat Deutschlands mit aller verfügbaren Energie zu einem neuen Sturmangriff gegen die Reaktion rufen sollte. Die Wahlen, die die größten Siegeshoffnungen bieten, stehen vor der Tür und unsere Abgeordneten in Baden wissen nichts Besseres zu tun, als eine Frage aufzurollen die die gemeinsame Aktion in Gefahr bringt.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juli 1910.

Tirpitz bleibt!

Die Gerüchte, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral v. Tirpitz, seinen Abschied eingereicht habe, werden offiziös bestritten. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Verschiedene Mütter haben die Nachricht der „Politischen Rundschau“ wiedergegeben, daß Seine Exzellenz der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral von Tirpitz seinen Abschied eingereicht habe und daran ihrerseits eine Reihe von Kombinationen über die möglichen Gründe des Abschiedsgesuches geknüpft.

Die Nachricht der „Politischen Rundschau“ ist frei erfunden. Demnach bleibt vorläufig Herr v. Tirpitz auf seinem Posten. Er scheint also im Kampfe um die Ministerstühle zunächst gesiegt zu haben. Und mit dem Flottenminister bleibt jedenfalls auch der Tirpitzsche Flottenkurs, das heißt es stehen neue Flottenvermehrungen bevor. Eine Verständigung mit England findet nicht statt.

Ausgeträumt.

Die Rückwärtskonzentration schreitet in der national-liberalen Partei von Tag zu Tag fort, so daß der schöne Tag nicht mehr fern sein dürfte, wo konservative, Zentrums-parteiliche und Nationalliberale sich wieder in den Armen liegen und vor Freude und Wonne heulen. Selbst die Unentwegtesten der Jungliberalen verlieren ihren gläubenden Freiheitsdurst und beginnen sich zurückzusehen zu jenen großen historischen Zeiten, als noch konservative und Nationalliberale im Verein mit dem Zentrum die großen Aufgaben des Reiches lösten. Schon vor zwei Tagen meinten die in Köln erscheinenden „Jungliberalen Blätter“, daß wenn sich in der Politik des Reichslanklers ein Umwandlung vollzöge und Herr v. Bethmann Hollweg nicht nur reaktionäre Ziele verfolgte, sondern seine Politik der Sammlung getragen werde „von dem ehrlichen Willen, in der Gesetzgebung und der Verwaltung Preußen-Deutschlands den Weg zu finden, welcher den Ausgleich zwischen konservativer und liberaler Staatsauffassung bringe“, dann auch die Jungliberalen mitmachen würden.

Und diesem jungliberalen Organ schließt sich der „Hannov. Courier“ an, der auch bisher für den großen Reichsblock der Linken schwärmte. Auch dieses Blatt hat seinen liberalen Sommerwahn ausgeträumt und findet sich zu den alten bewährten Traditionen des Nationalliberalismus aus den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zurück. Natürlich vollzieht es diese Rechtschwengung, um sie zu motivieren mit einer Rückzugskanonade gegen die Sozialdemokratie. Wörtlich schreibt es:

„Neben dieses Zusammengehen zu einem bestimmten Zweck hat man in Baden noch einen Schritt weiter ins Grundfähliche gemacht. Man glaubt aus den beteiligten Erfahrungen heraus, die (badische) Sozialdemokratie dadurch, daß man ihr „die Möglichkeit zu gedeihlicher Mitarbeit gibt“, „zur Liebe zur Heimat zurückzuführen“. Neu ist dieser Gedanke ja durchaus nicht. Er wurde vor zwanzig Jahren für die Reichspolitik von höchster Stelle aus propagiert. Die Durchführung scheiterte. Ob man jetzt für ganz Deutschland das badische System annehmen kann, das — je heißt es in der parteiamtlichen Erklärung der badischen Nationalliberalen — „hängt nicht allein an der Haltung unserer Parteifreunde, sondern vielmehr an der Haltung der norddeutschen Sozialdemokratie“. Mit dieser Feststellung ist aber die Beantwortung der Frage gerade für Norddeutschland bereits gegeben. Nach dem Muster der Konservativen, die sich ja trotz des Syllabus und der staatsfeindlichen Grundzüge des Ultramontanismus mit dessen politischer Organisation verbünden, könnte man vielleicht auch die umfänglichsten Prinzipien der Sozialdemokratie aus tatsächlichen und praktischen Erwägungen zunächst einmal beiseite schieben, da sie ja mehr und mehr zu Parabeln für feilliche Gelegenheiten geworden sind und die erträumte Verwirklichung, nach dem Mißgeschick der Badischen zunftstaatlichen Wetterpropheten, in immer nebelhafteren Fernen rückt; aber was allein schon die Erwägungen und Hoffnungen, von denen man sich in Baden, und in Süddeutschland überhaupt, leiten läßt, für Norddeutschland ausdriickt, das ist die pöbelhafte, persönlich und sachlich gehässige Art der Agitation, mit der die sozialdemokratische Demagogie im Interesse des Klassenkampfes alles und jedes in den Schmutz zieht und unser gesamtes politisches Leben schier unheilbar vergiftet hat.“

Und es bleibt nicht bei der Theorie; auch praktisch begimmen die Nationalliberalen zu bekunden, daß sie gewillt sind, zur alten „Besonnenheit“ zurückzukehren. Noch vor kurzem lehnte die nationalliberale Partei ab, mit den Konservativen in Friedberg-Büdinger für den früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Weder-Sprendlingen, den jetzigen Direktor des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zu stimmen; jetzt wollen die Nationalliberalen diesen edlen Menschen in Erbach-Bensheim als ihren Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufstellen. Wie die „Frankf. Zig.“ erfährt, will nämlich in diesem Wahlkreise der jetzige nationalliberale Reichstagsabgeordnete Haas nicht wieder kandidieren. An seiner Stelle soll Dr. Weder-Sprendlingen aufgestellt werden. Dieser war nationalliberaler Kandidat bei der Reichstagswahl in Alzey-Bingen und hat hervorragenden Anteil an dem nationalliberal-merikanischen Wahlschacher gehabt, durch den dieser Wahlkreis dem Zentrum in die Hände gespielt wurde. Es gibt Leute, die behaupten, daß Dr. Weder dem Zentrum genau so nahesteht wie den Nationalliberalen. Abgeordneter Haas wurde 1907 in Erbach-Bensheim in der Stichwahl gegen den christlichsozialen Buchhändler Rippel in Hagen mit 10 857 gegen 9538 Stimmen gewählt, nachdem im ersten Wahlgange 8640 Stimmen für Haas, 6755 für Rippel und 5602 für unsere Partei abgegeben waren.

Merikale Wahlstrategie.

Die Zentrumsstrategen treiben ein höchst kurzes Spiel. Es pocht ihnen nicht in ihre Wahlstrategie, daß die Regierung nicht, wie sie ihr dringend empfohlen haben, mit ihren neuen Militärforderungen bis nach der nächsten Reichstagswahl warten, sondern bereits im Herbst dem Reichstag eine Militärvorlage unterbreiten will. Da aber die Regierung nun einmal keine Vernunft annehmen will, so versucht der Abgeordnete Erzberger wenigstens in der gemeinsamen „Germania“ nachzuweisen, daß diese kommende Militärvorlage nicht die geringsten Ansprüche an den Geldbeutel der Staatsbürger stellen wird, da demnächst Deutschland fast im Golde schwimmen werde. Die Schatzanweisungen, so führt er aus, seien zurückgegangen, der Vorschuh der Reichspost für die Verursachungsschuld falle weg, die Einführung der Postscheds bringe neue Betriebsmittel, die vermehrte Silberprägung werde auch einen jährlichen Reingewinn von 20 Millionen Mark abwerfen und die Ausgaben für den Flottenbau sanken: folglich sei anzunehmen, daß in einigen Jahren die deutsche Finanzlage eine geradezu glänzende sein werde.

„Ohne Optimist zu sein, darf man konstatieren, daß das Reich sich somit auf dem besten Wege der Gesundung seiner Finanzen befindet, und daß man die Heberzeugung aussprechen darf, daß es noch dem derzeitigen Schatzsekretär bei konsequenter Fortsetzung seiner Politik möglich sein wird, wieder einmal einen Etat ohne Anleihen vorlegen zu können. Gewiß werden neue Aufgaben und neue Ausgaben kommen, weil Stagnation der Feind des fortschreitenden Lebens ist und die Nation schädlichen würde; aber sie können im Rahmen der heutigen Finanzen befriedigt werden. Wenn diese Zeit an unsere Türen pocht, dann werden auch die grimmigsten Gegner der Reichsfinanzreform, die vor Jahresfrist geschaffen worden ist, die Anerkennung nicht mehr versagen können. Die Geschichte des deutschen Volkes wird dann diesen modernen Gelehrten aufstellen, den jeder grinsen wird.“

Herr Erzberger scheint die Intelligenz der „Germania“-Leser sehr tief einzuschätzen; aber vielleicht kennt er ihre starke Glaubensfähigkeit besser, als wir.

Zur Wahlrechtsfrage.

Die „Post“ meldet: Gegenüber verschiedenen widersprechenden Meldungen sind wir in der Lage festzustellen, daß tatsächlich an einer neuen Wahlrechtsvorlage im Ministerium des Innern gearbeitet wird. Es sind bereits bestimmte Entwürfe ausgearbeitet, die zurzeit der Beratung der maßgebenden Stellen unterliegen. Wann der Entwurf an den Landtag gebracht werden soll, darüber ist noch keine Entscheidung gefallen.

Darüber, wie die neue Vorlage beschaffen sein wird, weiß die „Post“ nichts zu melden.

Einen gelinden Tobsuchtsanfall

hat dem „Berl. Tagebl.“ unsere harmlose Notiz über die konservativ-anthemschleichen Liebesdienste des Freisinnigen bei den letzten Reichstagswahlen verursacht. Oder war es unsere Annäherung der klassischen Korrespondenz aus Gera, was das sonst vernünftigeren Stimmungen zugängliche Blatt so aus dem Häuschen gebracht hat?

Wenn das „Berliner Tageblatt“ eine Gegenrechnung präsentiert, die beweist, daß in 5 Wahlkreisen Reaktionäre siegen, weil die Sozialdemokratie nicht geschlossen für den Freisinnigen stimmte, so vergißt es dabei nur, daß die Wahlen im Jahre 1907 im Zeichen des Sottentottenblocks erfolgten, zu einer Zeit, wo der Freisinn Regierungspartei geworden war und selbst in der rückständigsten Weise, als Stipendiat des Reichsverbandes, mit den Junkern gegen die

Sozialdemokratie kämpfte. Daß dem Freisinn zu einem kleinen Teile von der Sozialdemokratie vergolten wurde, was er selbst unter Preisgabe aller politischen Scham an der Sozialdemokratie verübte, mag politisch nicht einwandfrei sein, ist aber psychologisch nur zu begreiflich.

Im übrigen hätte aber das „Berliner Tagebl.“ doch anständig gehandelt, wenn es für die fünf Wahlkreise auch die genauen Stichwahlziffern wiedergegeben hätte! Wäre doch daraus hervorgegangen, daß selbst in diesen aufgeschütteten Wahlkreisen die ausschlaggebende Sozialdemokratie zum überwiegenden Teile für den Freisinnigen stimmte! Erhielten doch Stimmen bei der Stichwahl:

	der Freisinn	der reaktionäre Gegner
in Stralsburg-Land	+ 2233	+ 1258
„ Kolmar	+ 2259	+ 1744
„ Ansbach-Schwabach	+ 2503	+ 2315
„ Sagan-Sprottau	+ 2261	+ 2188
„ Zerichow	+ 3087	+ 908
Insgesamt	12 843	+ 8355

In Altenburg dagegen war z. B. das Bild das folgende:

Sozialdemokraten	Reichspartei	Fortschritt
19 092	15 709	7223
19 637	22 583	
+ 545	+ 6801	

Der Freisinn stimmte also nicht nur überlegen, sondern geschlossen für den Reaktionär! —

Wenn sich das „B. Z.“ im übrigen über unsere „verbohrte Taktik“ und „sinnlose Hysterie“ aufregt — womit es offenbar seinem Unwillen über unsere Beurteilung der badischen Extraktoren Ausdruck geben will — so vermögen wir diesen Kerger schon eher zu verstehen. Nur will es uns scheinen, daß das „B. Z.“ gerade von seinem Standpunkt aus klüger handelte, wenn es sich nicht so läppisch in die inneren Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei mischen wollte. Aufdringliche gegnerische Sympathie hat innerhalb des klassenbewußten Proletariats nie als Empfehlung gegolten!

Kirchenbau-Vettelei als Geschäftsbetrieb.

Dem Zuge der Zeit folgend, wird jetzt auch der Kirchenbettel in Deutschland zentralisiert und in einen Großbetrieb verwandelt. Die unternehmende Firma hat ihren Sitz in Würzburg und arbeitet, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfahren hat, nach folgendem Schema:

„Das Pfarramt, das die Mittel zum Bau einer Kirche von edlen Wohlthätern zu erhalten wünscht, erteilt der Spezialfirma auf diesem Gebiete den Auftrag, die Wittgesuche in einer möglichst hohen Anzahl mit den nötigen Einlagen zu versenden. Das Geschäftshaus liefert zu diesem Zwecke Aufschickarten mit Engel- und Heiligenbildern. In der Regel werden davon je acht Stück an eine Adresse geschickt mit der Bitte, die Sendung anzunehmen und dafür eine Karte (höhere Spenden natürlich willkommen) an das betreffende Pfarramt einzusenden. Die Beschaffung der Adressen und der Versand geht durch das für diesen Zweck gut eingerichtete Geschäftsunternehmen, das Ende des Jahres 1909 für vier Pfarrämter nachweislich circa 12 Millionen Stück Aufschickarten in 1 1/2 Millionen Sendungen in Deutschland, Oesterreich und in der Schweiz vertrieben hat.“

In einem besonderen Falle flossen der Vettelgesellschaft vom Reingewinn 40 Proz., der Kirchengemeinde 60 Proz. zu.

Bekanntlich ist das Kapital nicht konfessionell. Sein Verbleib besteht in der Anbetung des Profits. Deshalb sollte also diese Gesellschaft nur für eine bestimmte Konfession tätig sein? Es ist eine besondere Abteilung eingerichtet worden, die den Betrag für Synagogen betreibt. Um diese neue Sparte des Geschäftes in Flor zu bringen, werden Inserate folgenden Inhalts veröffentlicht:

„Kultusgemeinden bzw. Synagogengemeinden, welche zum Bau von Synagogen, Krankenhäusern und dergleichen zinsfreie Geldmittel benötigen, erhalten einen günstigen Vorschlag unterbreitet, wenn dieselben ihre Verhältnisse unter Überschrift „Kultusfrage“ brieflich darlegen. Bedürftige Respektanten erhalten den Vorschlag.“

Worauf es abgesehen ist, geht aus den Offertbriefen hervor. In einem Falle wurden einer Gemeinde 10 000 M. als ewiges Darlehen zins- und provisionsfrei angeboten. Die Gemeinde sollte dafür nichts weiter leisten, als der Gesellschaft die Ermächtigung erteilen, daß sie im Namen der Gemeinde Wittgesuche in jeder Zahl versenden dürfe. Die Gemeinde errichtet bei Erstellung des Auftrages ein Postfachkonto und erteilt dem Vertreter der Gesellschaft Postvollmacht. Die eingehenden Beträge stehen zur freien Verfügung der Gesellschaft, die der Gemeinde nur den vereinbarten Betrag abzuliefern hat, vorausgesetzt, daß die eingehenden Spenden die Höhe dieses Betrages erreichen.

Vielleicht wird der Vettel auch noch auf Sammlungen für evangelische Kirchen, Moscheen und Heidentempel ausgedehnt. An der Prosperität des Geschäftes ist nicht zu zweifeln.

Die Konkurrenzklausel

soll nach den Vorschlägen, die der preussische Handelsminister den Handelskammern zur Begutachtung vorgelegt hat, einer Neuordnung unterzogen werden. Da die Vorschläge des Handelsministers von einem durchaus reaktionären Geiste durchweht sind, können die technischen Angestellten sich auf keinen Fall mit ihnen zufriedig geben. Sie halten nach wie vor an der Forderung fest, daß die Konkurrenzklausel nicht nur im Interesse der Angestellten, sondern auch im Interesse der nationalen Volkswirtschaft vollständig beseitigt werden muß. Die zur Begutachtung aufgeführten Handelskammern können ihrem Wahlverfahren und ihrer ganzen Zusammensetzung nach in der Frage der Konkurrenzklausel nur den Standpunkt des Unternehmers zur Geltung bringen. Der Bund der technischen Industriellen Beamten hat daher an den preussischen Handelsminister die Bitte gerichtet, ihm als dem legitimen Vertreter der technischen Angestellten offiziell die Gründe zur Begutachtung zugehen zu lassen.

Der Pfarrer gegen den Landrat.

Wie selbstherrlich katholische Pfarrherren zuweilen in kleinen Gemeinden sich in die bürgerliche Verwaltung einmischen, davon sind so viele Beispiele bekannt, daß es sich kaum noch verlohnt, davon Notiz zu nehmen. Daß aber ein Pfarrer sich als dem Landrat übergeordnete Instanz aufspielt, dürfte doch tatsächlich nicht alle Tage vorkommen. Ein solcher Fall ereignete sich vor kurzem im Landkreis Solingen.

In der kleinen Landgemeinde Schlebusch besteht nämlich seit etwa einem Jahr ein patriotischer Sport- und Spielverein, der kürzlich sein erstes Stiftungsfest feiern wollte. Es waren dazu recht kostspielige Vorbereitungen getroffen und auch, wie das in Preußen nun einmal nötig ist, die Genehmigung von Bürgermeister und Landrat eingeholt. Das Fest hätte also in aller Harmonie gefeiert werden können, wenn der Herr Pfarrer eben nicht anders beschlossen gehabt hätte. In dem Festsonntag sollte in dem Orte nämlich eine sogenannte Mission stattfinden, und um die Wirkung derselben durch „fremde Elemente“ nicht abzuwenden zu lassen, verbot der Pfarrer die Beförderung. Damit war die Sache erledigt. Die

Reinheitsmitglieder wagten nicht zu protestieren, und man hat auch bisher noch nichts davon gehört, daß der Landrat irgend etwas gegen den selbstherrlichen Pfarver unternommen hätte.

Der neueste Schwindel.

Die bürgerliche Presse verbreitet eine Meldung, wonach auf dem Fest der freien Gewerkschaften in Essen, das am Sonntag stattfand, eine große Schlägerei entstand, in deren Verlauf die Polizei von Festteilnehmern angegriffen und beschimpft worden sei. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei seien etwa 100 Revolvergeschosse abgegeben worden. Die Polizei habe ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Dazu ist zu bemerken: Es kam bei dem Fest gegen Abend zu Auseinandersetzungen mit lichtscheuen Elementen, die sich auf dem Festplatz eingeschlichen hatten. Ein Organist wurde von einem Unorganisierten gestochen. Nach Schluß des Festes kam es zu einem Wortwechsel mit Polizisten. Tatsache ist allerdings, daß geschossen worden ist. Die Schüsse fielen aber aus den Häusern, die in der Nähe des Festplatzes liegen, und es wird vermutet, daß es sich dabei um eine Provokation seitens fremder Elemente handelt. Auffällig ist jedenfalls, daß trotz der Schlägerei nicht eine einzige Person verletzt worden ist. Die freien Gewerkschaften stehen dem ganzen Vorfall völlig fern.

Der Schnapsbohlokt.

Ueber die Wirkungen des Schnapsbohlokt in Lübeck macht der Jahresbericht der Gewerkschaften folgende bemerkenswerte Angaben:

Kornbrennerei. Der Geschäftsgang, der unter dem Eindruck der Reform der Branntweinsteuerung stand, war zwar bis zum Spätsommer noch befriedigend; nach dem Inkrafttreten des Branntweinsteuergesetzes (1. Oktober 1909) und infolge des von den Arbeitern verhängten Branntweinbojkotts ging jedoch der Absatz sehr zurück.

So erfreulich diese Wirkung des Leipziger Beschlusses auch ist, so muß doch gesagt werden, daß es noch viel auf diesem Gebiete zu tun gibt. Die Arbeiter müßten es allgemein als ihre Pflicht ansehen, strikte den Beschluß zu befolgen.

Der Zwickauer Bericht des sozialdemokratischen Vereins führt aus:

Der vom Leipziger Parteitag als Protest gegen die volksfeindliche Wirtschaftspolitik beschlossene Schnapsbojkott äußert zweifellos auch im Agitationsbezirk Zwickau seine in mehrfacher Beziehung wohlthätigen Wirkungen. Es wäre nur dringend zu wünschen, daß die organisierte Arbeiterschaft in allen Orten des Bezirks diesem Beschlusse größere Aufmerksamkeit schenken und den Schnapsbojkott mit aller Energie durchzuführen würde. Sie erweist sich damit zweifellos den größten Dienst.

Diesem Wunsche schließen wir uns an.

Berichtigung. Es ist unwar, daß der Arbeitsnachweis für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau sogenannte „schwarze Listen“ führt. Es ist ferner unwar, daß Arbeiter dauernd ausgesperrt werden. Wahr ist, daß gemäß den Bestimmungen über den Arbeitsnachweis kontraktbrüchige Arbeiter und solche Arbeiter, welche innerhalb zwei Werktagen nach Ablauf des für den Arbeitsantritt festgelegten Termins ohne hinreichende Entschuldigung auf der Stelle nicht eintreten, in den nächstfolgenden zwei Wochen vom Arbeitsnachweis keine Arbeit nachgewiesen erhalten.

Die Hauptstelle des Arbeitsnachweises für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau: Arah.

Unser Gewährsmann hält die in dem Artikel „Zur Lage im Ruhrbergbau“ gemachten Angaben aufrecht und wird sich zu dieser „Berichtigung“ noch äußern.

Frankreich.

Die Generalratswahlen.

Paris, 25. Juli. (Fig. Ber.) Bei der gestrigen Erneuerung der Hälfte der Departementsversammlungen hat die geeinigte Partei recht gut abge schnitten. Die bisherigen Angaben weisen ihr 146 Mandate zu, wovon 18 zu gewonnen sind. Nur zwei hat sie verloren. Unter den Gewählten befinden sich die Deputierten Chuesquière, Ringuier, Driquet, De la Porte, Koblun und Compère Morel. Daß die Resultate nicht das Maß der bei den Kammerwahlen errungenen Erfolge erreichen, liegt nicht nur daran, daß die besonderen Zufälle fehlten, die dort zusammengewirkt haben, um die Nachteile des Bezirksfraturniums weitzumachen, sondern vor allem an dem Umstand, daß in den Kantonen mehr lokale als politische und soziale Interessen zur Geltung kommen und die Wähler geneigt sind, bei der Regierung gut angelegene Sachwalter der Bezirksinteressen ohne Rücksicht auf ihre politische Stellung zu wählen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die recht empfindlichen Verluste der Monarchisten und Progressisten betrachtet werden, wobei allerdings die Tendenz der Regierungspolitik nicht zu übersehen ist, alle irgendwie zweifelhaften Gewählten zu den „Republikanern“ zu rechnen.

Die Affäre Rodette.

Paris, 26. Juli. In der heutigen Vormittagsitzung der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Rodette-affäre wurde zunächst der Polizeipräsident Lépine vernommen. Er verlas ein längeres Memorandum über die Entwicklung der Rodetteaffäre. Lépine schloß mit der Erklärung, daß er die volle Verantwortung übernehme für seine und Durands Tätigkeit. In die Verlesung dieses Memorandums schloß sich eine längere Beratung Lépinés durch den Vorsitzenden der Kommission Jaurès. Als Lépine die Verantwortung der Frage, ob die Verlesung Durands durch Lépine auf dessen eigene Initiative oder auf die des damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau erfolgt sei, ablehnte, beschloß die Kommission, die Weitervernehmung Lépinés bis nach der Rückkehr und Vernehmung Clemenceaus zu vertagen.

In der Nachmittagsitzung erfolgte die Vernehmung des Untersuchungsrichters Verr sowie des Generalstaatsanwalts Fabre.

Italien.

Die Lage in der Romagna.

Rom, 23. Juli. (Fig. Ber.) In der Romagna scheint man nachgerade über die Periode der härtesten Erbitterung hinaus. Der am 22. proklamierte Generalstreik in Imola, von dem wir telegraphisch berichtet haben und der einen Protest gegen die parteiische Haltung der bemanneten Macht darstellte, ist auf Beschluß der Arbeiterkammer eingestellt worden. Auch sind die Barikaden, die auf den Straßen errichtet worden waren, um die Einführung einer den Unternehmern gebührenden Drehschraube zu verhindern, ebenfalls auf Beschluß dieser Zentralorganisation wegeräumt worden. Die beherrschende Maschine drückt jetzt in Imola, von den Arbeitern der gelben Organisationen bedient. Jedoch sind Unterhandlungen angebahnt. Auch in Ravenna scheint eine Beilegung zustande zu kommen, indem man sich dahin einigt, daß die eine Hälfte des Kornes von den roten und die andere von den Streikbrechermaschinen geerntet werden soll.

Türkei.

Der Geheimbund.

Konstantinopel, 25. Juli. Die Nachricht, daß der frühere Großwesir Ferid Pascha wegen Teilnahme an der Verschwörung

des Geheimkomitees verhaftet worden sei, ist unrichtig. Es verlautet nur, daß die Regierung ihn erlucht habe, auf die geplante Reise durch Europa zu verzichten. Zeitungsmeldungen zufolge wurden bisher 14 türkische Frauen wegen Beteiligung an dem Geheimkomitee verhaftet; auch in Damaskus wurden vier Verhaftungen vorgenommen.

Soziales.

Haftbarkeit des Arbeitgebers für Uebertretung von Arbeiterschutzbestimmungen.

Frau Jacobi, die in Berlin wohnt, ist Inhaberin einer Dampfzigelei in Zehdenitz, also einer Fabrik, auf die die Arbeiterschutzbestimmungen zutreffen, die durch die Gewerbeordnung für Fabriken erlassen sind. In der Zigelei waren Arbeiterinnen länger beschäftigt worden, als es der § 137 der Gewerbeordnung zuläßt. Außer dem Zigeleimeister wurde Frau Jacobi dafür strafrechtlich haftbar gemacht, obwohl sie in Berlin wohnt. Die Strafkammer in Preussisch-Litauen verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 100 Mark, indem sie § 151 der Gewerbeordnung zur Anwendung brachte, welcher bestimmt: „Sind bei der Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Betriebes oder eines Teiles desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hat, so trifft die Strafe diese letzteren. Der Gewerbetreibende ist neben denselben strafbar, wenn die Uebertretung mit seinem Vorwissen begangen ist oder wenn er bei der noch den Umständen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes, oder bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.“ — Die Strafkammer führte in ihrem Urteil aus: Wegen der häufigen Uebertretung der Bestimmungen des § 137 der Gewerbeordnung durch längerbeschäftigte Arbeiterinnen in den Dampfzigeleien bei Zehdenitz, die sich als Fabriken darstellen, habe der Gewerbeinspektor jedes Jahr beim Beginn der Arbeitskampagne eine den Betrieben zugesandte schriftliche Warnung erlassen, worin er auf die Schutzbestimmungen aufmerksam machte und vor ihrer Uebertretung warnte. Die Warnung sei der Frau Jacobi mit den Lohnzetteln nach Berlin zugesandt worden. Sie habe also davon Kenntnis erhalten. Trotzdem habe sie, die jährlich vier- bis fünfmal in ihrer Zigelei erscheine, es nicht für nötig befunden, sich nach der Innehaltung der Schutzbestimmungen zu erkundigen und auf die Innehaltung zu bringen. Hätte sie das so wie so schon tun müssen bei ihrem Erscheinen, so wäre sie um so mehr dazu verpflichtet gewesen, als sie das Erinnerungsschreiben des Gewerbeinspektors erhielt. Sie sei zu verurteilen, weil sie es an der erforderlichen Sorgfalt bei der Beaufsichtigung ihres Betriebsleiters (des Zigeleimeisters) habe fehlen lassen. (§ 151 G.O.)

Die gegen dieses Urteil von Frau J. eingelegte Revision wurde dieser Tage mit Recht vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Durch den § 151 der Gewerbeordnung sei es dem Betriebsunternehmer nicht nur zur Pflicht gemacht, bei der Auswahl der Betriebsleiter sorgfältig vorzugehen, sondern auch bei der nach den Umständen möglichen Beaufsichtigung des Betriebs, oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen sorgfältig zu verfahren. Darin liege auch die Verpflichtung, innerhalb der möglichen Grenzen den ganzen Betrieb zu überwachen. Diese Verpflichtung habe zur Folge, daß wenn der Betriebsleiter sich Uebertretungen zuschulden kommen lasse, neben ihm auch der Gewerbetreibende strafbar sei. Wenn der Vordbericht bei dem hier festgestellten Tatbestand zu dem Schluß komme, daß es Frau J. an der erforderlichen Sorgfalt bei der Beaufsichtigung habe fehlen lassen, dann sei darin kein Rechtsirrtum zu finden.

Zur Lage der Kellner.

Unter welchen erbärmlichen Verhältnissen die Angestellten im Gastwirtsgerwebe arbeiten, ist schon zu verschiedenen Malen an diesem Blatte gezeigt worden. Nachstehendes Engagementsschreiben ergäuze die Nachweise:

Vom Kissingen, 29. 12. 1909.

Herrn Hans

Oberhof.

Zum Besten Ihrer Zusage vom 26. d. Mts. bin ich gekommen, Sie zu engagieren und bitte Sie alsbald um Nachricht wenn Sie mit meinen Bedingungen einverstanden sind. Logis auf eigene Kosten außer dem Hause, Salär wird nicht gegeben, beim Waschen muß jeder Kellner mitbringen wegen Platzmangel, in der Woche muß einmal jeder Kellner die Wäsche empfangen und plazieren im schwarzen Anzug Gehrock den Wünschen der Gäste willkommen eventuell zugreifen wo es geht ohne auf seinem Service zu servieren. Anzug: froh, weiße Wäsche, weiße Weste; feiß probier. Caution im ersten 14 Tage seines Dienstes 20 Mark. Kost wird gerne verabreicht jedoch hat kein Kellner das Recht sich darüber zu beschweren oder zu verlangen. Bitte um Zusendung Ihrer Original Zeugnisse b. Annahme.

Eintritt am 1. Mai.

Godachtungsvoll.

Georg Wesserschmitt.

Also Salär gibt es nicht, Logis muß auch selbst bezahlt werden und dann muß jeder Kellner einmal in der Woche Geschäftsführer spielen. Das bedeutet für denselben, daß er an dem Tage auf Verdienst nicht rechnen darf. Da die Kellner dort nur auf Trinkgelber angewiesen sind, so fällt an dem Tage die Einnahme aus. Was aber allem die Krone aufsetzt, ist, daß wohl Kost für die Kellner gerne verabreicht wird, aber Anspruch darauf haben dieselben nicht. Also wie ein Bettler haben sie um das bißchen Essen, welches womöglich in der bekannten Güte hergestellt wird — es heißt ja schon in dem Schreiben, „kein Kellner hat das Recht, sich darüber zu beschweren“ — zu bitten. Ist dann der Herr Prinzipal oder die gnädige Frau in guter Laune, so gibt es etwas, entgegengehetten Falles sagt es vielleicht noch Grobheiten.

Solange der größte Teil der gastwirtschaftlichen Angestellten nicht den Mut hat, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, müssen sie sich auch derartige Zustände gefallen lassen, die jeder andere Arbeiter mit Entrüstung zurückweisen würde. Kellner, die es mit ihrer und ihrer Familie Besserstellung ernst meinen, sollten nicht säumen, sich dem „Verband deutscher Solawirtschaften“ (Berlin, Große Hamburgerstraße 18/19), anzuschließen.

Ausdehnung der Versicherungspflicht.

Zu den Unternehmerberichten der Berufsgenossenschaften finden wir hier und da auch schäferne Hinweise auf die Notwendigkeit der Ausdehnung der Versicherungspflicht. So spricht sich der Bericht der Lager- und Transportgenossenschaft darüber wie folgt näher aus: Die neue Reichsversicherungsordnung beabsichtige die Versicherungspflicht auch auf gewisse neue Gruppen von Handelsgeschäften auszuweiten. Heute sei die Versicherungspflicht von der Normvorschrift der Eintragung in das Handelsregister abhängig. Diese Regelung habe aber in der Praxis zu vielen Unzutraglichkeiten geführt. „Zahlreiche Betriebe, namentlich Kohlen-, Holz-, Eis- und Bierhandlungen usw., die im Verhältnis zum Gesamtumfang einen recht bedeutenden Lagerungs- und Veredelungsbetrieb umfassen und eine hohe Unfallgefahr bieten, fielen aus der Versicherung heraus.“ Den größten Mißständen will also die Reichsversicherungsordnung zu steuern suchen — „dagegen soll nach der Bundesratsvorlage auch in Zukunft die Kontor- und Afsstätigkeit unerschwert bleiben, ebenso soll die Reisstätigkeit von der Versicherung nicht umfaßt werden. Da indessen in den meisten Handelsgeschäften eine vollständige Trennung zwischen den mit Kontorarbeiten einerseits und mit Lagerungsarbeiten andererseits beschäffigtem Personal nicht durchgeführt und auch nicht durchführbar ist, so genügt die vorgesehene Erweiterung der Versicherungspflicht zur völligen Befreiung der bestehenden unbefriedigenden Verhältnisse nicht.“ Es müsse vielmehr gefordert werden, meint die Genossenschaft, daß das ganze Betriebspersonal versichert würde. Damit wäre nicht allein den Arbeitnehmern, sondern auch den Unternehmern gedient, die heute auch noch neben der öffentlichen Ver-

sicherung eine private Haftpflichtversicherung nehmen müssen. Besonders zahlreich sind die Einsprüche von Apothekenbesitzern“ gegen ihre Heranziehung zur Versicherung gewesen, melde und der Bericht. Die Herren „Ober“ wollen die Arbeiterversicherung, jedoch nicht als Unternehmer, damit sie nur gute und sichere Einnahmen, jedoch keine Ausgaben haben. . . . Die Berufsgenossenschaft hat aber den ganz richtigen Standpunkt vertreten, daß diese Betriebe, ebenso wie andere Betriebe, als Handelsbetriebe behandelt werden müssen“, daß also ihre Versicherungspflicht bestehe. Das Reichsversicherungsamt habe zugunsten der Berufsgenossenschaft entschieden und sei der Erfolg dieser Arbeit gewesen, „daß wir bereits etwa 1500 Apotheken dem Kataster zuführen konnten.“ Die Zahl der versicherungspflichtigen Apotheken könnte jedoch noch erheblich vermehrt werden, wenn auch die Apothekenbesitzer Beschwerden erheben und „nicht selten unseren Maßnahmen energischen Widerstand leisten“.

Ebenso wichtig sei auch die Frage der Versicherungspflicht von sogenannten Verkaufsstellen bzw. Filialbetrieben. Seither seien diese Verkaufsstellen nur versicherungspflichtig als Betriebe angesehen worden, welche am Orte ihrer Niederlassung in das zuständige Handelsregister eingetragen waren“. Das Reichsversicherungsamt habe jedoch entschieden, daß es schon genüge, wenn die Stammsitzung in das Handelsregister eingetragen sei. Bei der großen Ausdehnung dieser Filialgeschäfte ist diese Frage von großer Wichtigkeit. Schwieriger sei nur die Frage der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgenossenschaft geworden, wenn nicht zwischen beiden Betrieben — Stammbetrieb und Filiale — ein betriebsdienlicher Zusammenhang stattfindet, wie nahe Entfernung, gemeinschaftliche Beschäftigung des Personals usw. Nachdem das Reichsversicherungsamt weiter entschieden habe, daß „in der Unterbringung, Wartung und Pflege lebender Tiere eine Lagerung im Sinne des § 1, Abs. 1, Ziffer 2, der Gewerbeordnung erkläre werden könne, haben wir uns die Heranziehung der Viehhandlungen, Viehhofmischungs- und -zucht angeschlossen. Bemerkenswert sei es aber, daß nur „ein verhältnismäßig geringer Teil der Viehhandlungen im Handelsregister eingetragen steht“. Ja, die Schlauberger von Händlern machten weiter geltend, daß „die technischen Arbeiten sogenannten Oberreitern übertragen werden, welche wirtschaftlich selbstständig dastünden“. Das Reichsversicherungsamt habe sich darüber zu entscheiden und wird hoffentlich die Versicherungspflicht auch der Oberreiter und „der von den Oberreitern Beschäftigten, sonst unversicherten Unterreiter“ ausprechen. Die Versicherungspflicht der Ferkelbetriebe (Lagerung und Beförderung von Vieh, Ferkel, Küsteln usw.) sei schon besetzt worden. Ueber die Zugehörigkeit der Holzgerätemerkmale, der Betriebe der Holzkapitäne und der Stammholzhandlungen, haben das Reichsversicherungsamt noch nicht entschieden. Man warte jedenfalls die Reichsversicherungsordnung ab.

Bauarbeiter in Hessen-Rhassau.

Nach dem soeben erschienenen, an sich so armseligen Bericht der Hessen-Rhassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1909 ist die Zahl der versicherten Betriebe um 176, von 14 488 auf 14 664 gestiegen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter jedoch um 1244 zurückgegangen. Versichert waren im Vorjahre 1908 noch 71 744, im Berichtsjahre nur 70 496 Arbeiter. Die Krise im Baugewerbe machte sich in dieser Provinz sehr bemerkbar. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die Arbeiterzuzug und Löhne sind im Jahre 1909 weiter zurückgegangen, ein Zeichen der anhaltend schlechten Geschäftslage im Baugewerbe“. Den Hauptschaden haben natürlich die Arbeiter zu tragen, die aber trotzdem auch noch wochenlang ausgesperrt wurden. Die Bauunternehmer sind also doppelt geschlagen worden, da auch die schlechte Konjunktur die Arbeiter nicht mürbe gemacht hatte, wie man immer hoffte. Die Löhne sind gegen das Jahr 1908 um mehr als 77 000 M. zurückgegangen. Berechnet man den Lohn pro Kopf der Arbeiter, so ergibt sich, daß ein Bauarbeiter in Hessen-Rhassau im Jahre 1908: 876 M., im Jahre 1909: 890 M. verdiente. Da man aber sicher auf die Zahl der sogenannten Vollarbeiter hinweisen und nur deren Löhne als maßgebend bezeichnen wird, so sei auch deren Lohn berechnet. Als Vollarbeiter führt der Bericht für 1908: 52 609, für 1909: 51 697 auf. Es ergibt sich also ein Jahresrückgang von Vollarbeitern im Jahre 1908: von 1194 M., im Jahre 1909: von 1214 M. Zur Anzeige gelangten im Berichtsjahre 3918 Unfälle, gegen 3112 im Jahre 1908. Die höchste Unfallziffer hat Sektion 1, Frankfurt a. M., mit durchschnittlich 58,3 pro Tausend Arbeiter, während auf Sektion VII nur 19,2 entfallen. In Großstädten mit Hochbauten und härterer Anstrengung der Menschkraft ist also die Unfallgefahr sehr viel höher, als auf dem Lande. Dafür ist aber auch die Sicherheit der Arbeiter für ihre Arbeitslöhne auf dem Lande höher, als in der Stadt. Dafür ein Beispiel. Der Bericht führt ein namentliches Verzeichnis aller Unternehmer auf, die ihre Berufsgenossenschaft im letzten Jahre um Beiträge betrogen haben, wovon die Krankenkassen noch viel lernen können. Während nun im Bezirk Frankfurt a. M. von 518 606 M. wegen Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer allein 6088 M. niedergeschlagen werden mußten, betrug diese Summe im Kreise der Sektion VII, Frankenberg, bei 21 988 M. Umlage nur 20 M. Die Verluste der Berufsgenossenschaft an Beiträgen betragen im Berichtsjahre über 15 000 M. Ob die „Kreuzzeitung“ auch hier von einer schlechten Verwaltung sprechen wird, wie sie es bei den Krankenkassen versuchte?

Von den gemeldeten Unfällen wurden jedoch nur 618 entschädigt, gleich 15 Proz oder 19,4 Proz, im Jahre 1908. Mehr Unfälle und weniger entschädigte Fälle, ist die Praxis der Berufsgenossenschaften. Für das Verfahren innerhalb der Vorzeit (ersten 18 Wochen des Unfalls) verausgabte die Genossenschaft für 635 Fälle 9720 M. Zur Entscheidung standen im Berichtsjahre 275 Verurteilungen. Davon haben die Schiedsgerichte 408 zugunsten der Genossenschaft und nur 135 zugunsten der Verletzten entschieden. Das Reichsversicherungsamt entschied in 89 Fällen für und in 27 Fällen gegen die Genossenschaft.

Die technischen Aufsichtsbeamten wollen nur im Bezirk der Sektion VI, Gießen, die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen usw. beobachtet haben. Besonders in ländlichen Bezirken würde die Schutzvorrichtung noch als lästig angesehen. Das Verhalten der Berichteten ist noch nicht einwandfrei. Bei der Arbeit unzureichende Schutzvorrichtungen, besonders an Maschinen, werden gerne entfernt, andere, deren Anbringung namentlich den Arbeitern obliegen muß, nicht angebracht und auf diese Weise die Unfallgefahr nicht wenig vermehrt. Gegen 90 Arbeiter seien Geldstrafen oder Verbürnungen erlassen worden. Mit den Unternehmern waren die Aufsichtsbeamten natürlich recht zufrieden. Nur bei ländlichen Hochbetriebe sei man verstrebt, sich den Vorschriften über Unfallverhütung zu entziehen. — Von der Herstellung von Schuttdächern an einfachen Gerüsten und beim Ueberhandmanern, wünschenswerte ländliche Unternehmer befreit zu werden“. Und trotzdem bringen es die Aufsichtsbeamten fertig: „herauszugeben, daß die meisten Unfälle wiederum auf die verschuldenerartige Schuld der Arbeiter zurückzuführen sind“. Das hören die Unternehmer gerne und deshalb wird es auch geschrieben. Dafür haben die Beamten weder die Zahl der vorgefundenen Mängel heraus, noch fanden sie — „häufigen Arbeiterwechsel oder Beschäftigung ungewöhlicher Arbeiter“ in den beschäftigten Betrieben. Dafür erklären sie zum Schluß wieder zum Gefallen ihrer Aufsichtgeber — den Unternehmern —, daß die in Frankfurt a. M. abgehaltenen Bauarbeiterkongressen der Arbeiter „die von unserer Genossenschaft betätigte Betriebsüberwachung einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Ohne diesen Vorgang an dieser Stelle zum Gegenstand weiterer Erörterung zu machen, beschränken wir uns auf den Hinweis und die Bemerkung, daß diese Kritik unmaßlich und parteiisch ist“. Punktum. Auf diese Weise wird man mit jeder Kritik sehr leicht fertig und hat wiederum die Zustimmung seiner Aufsichtgeber — der Unternehmer — auf der Seite, denen ja jede scharfe Ueberwachung der Betriebe durch solche Beamte von selbst.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Rauschenberger, Tischelbühler, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugung ist ferngehhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Ballschuhmacher.

Die Ballschuhmacher versammelten sich am Montagabend in den „Residenz-Besitzungen“, um die Antwort der Fabrikanten auf die vorgelegte Forderung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung kennen zu lernen. Die Vertrauensleute aus den einzelnen Fabriken erstatteten ihre Berichte, aus denen zu entnehmen war, daß verschiedene Unternehmer zu dem neuen Lohnsatz ihre Zustimmung gaben. Andere wollten sich gehen und erst abwarten, ob die Konkurrenz die Forderungen bewilligt. Viele erklärten sich bereit, 5 bis 10 Proz. Lohnerhöhung zu bewilligen. Vier größere Fabriken machten nur ganz geringe Zugeständnisse, die aber die Arbeiter keineswegs befriedigt haben, um so weniger, als gegenwärtig eine günstige Konjunktur angebrochen ist und den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erleichtert. Die Verhandlungen werden am Mittwoch von neuem aufgenommen werden. Das erzielte Resultat wird dann Gegenstand der Beratung in einer weiteren Versammlung der Schuhmacher sein.

Tarifbruch.

Die Firma „Berolina“, Mineralwasserfabrik, Rahbäcker 2, schloß am 13. Juni l. J. mit dem Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag ab, der neben einer allgemeinen Lohnaufbesserung auch die neunstündige Arbeitszeit für die Arbeiter des Innenbetriebes festsetzte. Jetzt — nach kaum sechsmonatlicher Geltung des Vertrages — bricht die Firma den Tarif. Sie stellte ihren Arbeitern das Ultimatum, zehn Stunden täglich zu arbeiten, und sich außerdem einen Lohnabzug gefallen zu lassen, der im Einzelnen 1.50—4.50 M. betrug. Die Arbeiter wiesen eine derartige Zumutung zurück und wurden deshalb am Dienstag früh insgesamt entlassen. Mit Hilfe nützlicher Elemente versucht die Geschäftsleitung den Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten, was ihr jedoch sehr schwer fallen dürfte. Die zuerst engagierten neuen Arbeiter haben sich, nachdem sie über den wahren Sachverhalt informiert waren, schon nach einigen Stunden mit den ausgesperrten solidarisch erklärt und die Arbeit wieder niedergelegt. Wir richten an die gesamte Arbeiterschaft sowie an die sonstigen interessierten Kreise das dringende Ersuchen, die ausgesperrten Arbeiter in ihrem schweren Kampfe gegen eine tarifbrüchige Firma in jeder Weise zu unterstützen. Zugung ist ferngehhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirk Groß-Berlin.

Achtung, Dachbeder Berlin und der Umgegend! Bei der Firma Robert Strauß in Rixdorf, Wildenbruchstr. 20, ist es erneut zu Differenzen gekommen. Die Werkstelle ist deshalb zu meiden.

Zentralverband der Dachbeder. Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung, Maser! Wegen Nichtinhaltung des Reichstarifs ist die Werkstelle des Malermeisters Lieve in Mariendorf, Ebauffstraße 30, gesperrt. Die Arbeitsstelle ist Sündende, Siltenerstr. 14, Ebdau.

Herr Gastwirt Karl Berlin in Spandau, Strefoloplag 3, sendet uns eine Zuschrift, in der er beklagt, im Spandauer Fabrikarbeiterstreik den Streikbrecheragenten gespielt zu haben. Er habe niemals durch falsche Arbeiter bei hohem Lohn vermittelt. Er hätte nie geduldet, daß jemand durch die Hintertür auf den Hof des Grundstückes gelangt. Dem Streik stehe er als Geschäftsmann neutral gegenüber.

Achtung, Tapezierer! Die Sperre über die Firma Spindler, Bernauer Straße 80, dauert unverändert fort. Um seine Lehrlinge — es sind 4 — besser ausnutzen zu können, hat dieser Unternehmer den ältesten auf halben Allford gesetzt und einem 4 M. Wochenlohn gegeben. So werden diese jungen Leute zur höheren Ehre des Unternehmerprofits aufgestachelt, mit ihrer Arbeitskraft Raubbau zu treiben. Es ist dies eine Verleumdungsausnutzung, wie sie profitabler gar nicht gedacht werden kann.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Lithographen! Der Streik im Atelier „Pönnitz“ dauert unabändert fort. Der Oberlithograph Brüdemann versucht Arbeiten in anderen Privatlithographien unterzubringen. Es handelt sich um einzelne Platten — hauptsächlich zweite und dritte Farben — und sind die Arbeiten zurückzuweisen.

Die Verwaltung.

Deutsches Reich.

Eine drohende Schuhmacher-Ausperrung in Erfurt verhindert!

In Erfurt drohte infolge der Maßregelung eines Zuschneiders in der Mechan. Schuhfabrik A. S. Albers, gehoben eine allgemeine Ausperrung sämtlicher Schuhfabrikarbeiter in Erfurt-Albersgehöfen auszubrechen. Es waren schon Kündigungen in großer Zahl von beiden Seiten erfolgt. Den Vertretern des Zentralverbandes des Schuhmacherverbandes ist es gelungen, in Unterhandlungen noch eine Einigung zu erzielen. Die Kündigungen wurden zurückgenommen. Eine stark besuchte Schuhmacherversammlung nahm die Abmachungen an. Der Verband der Schuhmacher hat aus Anlaß der Bewegung rund 200 Mitglieder bekommen.

In der Glashütte Eichhorn u. Co. in Steinach S.-M. reicht'n kürzlich die Arbeiter — etwa 22 — eine 8—10 Proz. betragende Lohnforderung ein. Die Forderung war um so berechtigter, als die Arbeiter vorher mit äußerst niedrigen Löhnen abgefunden wurden. Die Firma lehnte die Forderungen ab, ließ den Ofen löschen und entließ die Arbeiter; sie will die Organisation der Arbeiter vernichten. Das gelang ihr bisher nicht. Zugung ist streng ferngehhalten.

Ausland.

Die Lage in Barcelona.

Die Kohlenauslager auf den Klais haben beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Der Streik bei der Grand Trunk Railway.

Der Streik auf der Grand Trunk Railway scheint eine Nachtprobe zwischen Arbeitern und Bahngesellschaft zu werden. Die Lage spitzt sich mit jedem Tage zu. Die Gesellschaft macht vorläufig keine Anstalten, den Eisenbahnern entgegen zu kommen. Da auch diese auf ihre Forderungen beharren, ist noch kein Ende des Ausstandes zu ersehen. Der Präsident der Grand Trunk Railway hat die Vermittlungsvorschläge des kanadischen Arbeitsministers hing zurückgewiesen. Zeit und Lage seien nicht mehr dafür geeignet. Das Syndikat der Eisenbahner gewährt auf diesen Beschluß hin den Streikenden finanzielle Unterstützung, um diesen die Durchführung der Nachtprobe zu ermöglichen.

Zum Parteitag in Magdeburg

nahmen die Genossen Berlins gestern in 10 Wahlvereinsgeneralversammlungen Stellung, wovon 6 auf die Wahlvereine von Berlin und 4 auf die von Rixdorf, Charlottenburg, Schöneberg und Treprow entfielen. Die Versammlungsjale waren voll besetzt. Außergewöhnlich gut besucht war die Versammlung bei Keller in der Koppenstraße, wo der vierte Wahlkreis tagte. Dort mußte die Galerie zur Ausnahme der Besucherzahl mit herangezogen werden. In den Germania-Sälen, dem Versammlungsort des sechsten Kreises, langten auch trotz Hinzunahme der Galerie die Räume für

die Aufnahme der erschienenen Genossen nicht aus. Im Hintergrunde stand alles Kopf an Kopf und Hunderte der später Erschienenen mußten wieder umkehren, weil sich für sie beim besten Willen kein Platz mehr finden ließ. In allen Versammlungen rief namentlich die Behandlung der badischen Angelegenheit das regste Interesse wach. Die Resolution, die vom Vorstand Groß-Berlins vorgelegt worden war, und die unsere Leser im Bericht der gestrigen Nummer über die Generalversammlung von Nieder-Barnim abgedruckt finden, wurde fast überall als nicht scharf genug empfunden, schließlich aber meist angenommen.

Die Debatten zogen sich vielfach derart lange hin, daß sie weit über den Redaktionszirkel unseres Blattes hinaus andauerten, so daß wir unseren Lesern nur mit Teilberichten aufwarten können.

Die Versammlung im 1. Kreis war selten gut besucht. Reichstagsabgeordneter Kunert besprach die Aufgaben des internationalen Kongresses in Kopenhagen und des Magdeburger Parteitages und ging dann auf die Budgetfrage über, indem er das Vorgehen der Badenser Fraktion einer sehr scharfen Kritik unterzog und erklärte, daß schwer gestrebt worden sei. Frevel sei es gegen die Disziplin, Taktik, Organisation und der grundsätzlichen Auffassung der Partei, und läme Verrat gleich, wenn es bewußt geschehen sei. Bewußter Verrat muß aber die Verhängung der strengsten Strafe nach sich ziehen. In der nachfolgenden, sehr lebhaften Diskussion, waren die meisten Redner sich einig, in der schärfsten Beurteilung des Verstoßes der badischen Genossen. Kästner rät, kaltes Blut zu bewahren, auch Dr. Oskar Cohn ermahnt, sich nicht durch die Erregung hinreißen zu lassen. Zurzeit, da diese Zeilen in Druck gehen, tagt die Versammlung noch weiter.

In der sehr zahlreich besuchten Versammlung im 2. Kreis hielt Richard Fischer das einleitende Referat. Er führte aus, daß in die freudige Stimmung mit der unter den obwaltenden Umständen die Partei dem Parteitag entgegen sah, wie eine Bombe der Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion hineingeknallt sei. Besonders zu bedauern sei das Fribole dieses Disziplinbruchs, für den keine Notwendigkeit und so gut wie keine Entschuldigung vorlag. Dies Hinwegsetzen über den Nürnberger Beschluß sei am so bedauerlicher, weil er begangen sei nicht mit Rücksicht auf die Partei, sondern aus einer gewissen Rücksicht auf die Gegner. Redner ging ausführlich auf die Angelegenheit ein und wies die im Landtag und später in der Presse von badischen Abgeordneten behaupteten Gründe als nicht stichhaltig zurück. Zum Schluß empfahl er die Resolution des Vorstandes von Groß-Berlin. Bei seinen letzten Ausführungen vor der Verlesung der Resolution erfolgten wiederholt Zwischenrufe, die einen Ausschluß der badischen Abgeordneten erheischten.

Reimann und Dr. Alfred Bernstein schlugen in einer Resolution vor, der Parteitag solle den Ausschluß der Disziplinbrecher vollziehen.

Büchel empfiehlt die Resolution Stadthagens, die in Niederbarnim angenommen ist. — Dr. Alfred Bernstein tritt für die von ihm unterschriebene Resolution Reimann ein. Er findet starken Beifall. Dann sprach Reimann für seine Resolution. Hierauf vertritt Genosse Stadthagen seinen Standpunkt, den er in Niederbarnim vertreten hat.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Versammlung noch fort.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den 3. Kreis, die im „Gewerkschaftshaus“ stattfand, nahm das Referat des Genossen Ströbel über den Parteitag in Magdeburg sehr beifällig auf. Der Redner rügte scharf den Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion und fand damit die lebhafteste Zustimmung der Versammelten. Dagegen wurde Widerspruch laut, als Ströbel die gedruckt vorliegende Resolution des Zentralvorstandes als scharf genug bezeichnete und ihre Annahme empfahl. Eine zweite Resolution wurde eingebracht, die den Parteitag auffordert, dafür zu sorgen, daß die Genossen im badischen Landtag, die für das Budget gestimmt haben, das höchste Ehrenamt, das die Partei zu vergeben hat, nicht mehr bekleiden dürfen.

In der Diskussion traten verschiedene Redner für die Resolution des Zentralvorstandes ein, die unangenehm im Interesse der Partei läge. Genosse Krille brachte zu dieser Resolution das Amendement ein, daß die Delegierten des Kreises verpflichtet werden, den schärfsten Maßnahmen des Parteitages gegen die badischen Genossen zuzustimmen. Die Resolution des Zentralvorstandes wurde schließlich so angenommen, wie sie ursprünglich vorlag.

Der Wahlverein des 4. Kreises hielt gestern eine seiner bestbesuchten Generalversammlungen ab. Als dieselbe bald nach 8 1/2 Uhr eröffnet wurde, war bereits der geräumige Saal sowie die Galerien voll besetzt, ein Beweis dafür, welche reges Interesse die Genossen dem diesjährigen Parteitag entgegenbringen. Genosse Borgmann, der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, hielt das Referat. Redner hält den vielfach, vornehmlich von den süddeutschen Genossen, beanstandeten Beschluß des Nürnberger Parteitages als in jeder Beziehung für korrekt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagt er, daß, was die Badenser getan haben, stelle sich als einen groben Verstoß gegen die Parteistatuten dar, der auf keinen Fall gebilligt werden könne. Er hält es für dringend erforderlich, daß der Parteitag solchen differenzierenden Elementen Schranken setze, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Reihe geistiger Kapazitäten sich bei und nicht wohl fühlten. Zum Schluß warnte der Redner jedoch davor, daß schon jetzt mit den schärfsten Waffen dreingeklopft werde. Er hat die Ueberzeugung, daß der Parteitag mit übergroßer Majorität den differenzierenden Elementen zeigen werde, wie falsch sie gehandelt haben. Namens des Zentralvorstandes Groß-Berlins empfiehlt er die vorliegende Resolution zur Annahme, in ihr sei mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht, was gesagt werden muß.

Die wiederholten Beifallskundgebungen, mit der die Versammelten die Rede begleiteten, ließen schon darauf schließen, daß man sich mit dem Referenten in der Billigung des Verhaltens der badischen Genossen einig sei. Nur mit den Schlußausführungen erklärten sich mehrere Redner nicht einverstanden; sie forderten Ausschluß der badischen Abgeordneten aus der Partei, während andere Redner wieder die Resolution des Zentralvorstandes für die richtigere hielten. Schließlich fand sich doch eine Mehrheit für diese letztere Resolution.

Die Wahl der Delegierten soll am 7. August per Urabstimmung vorgenommen werden.

Im 5. Wahlkreis besprach der Referent, Genosse Weiss, die Tagesordnung des Parteitages, und kam zum Schluß ebenfalls auf die badische Angelegenheit. Er begründete die Zustimmung zum Budget als einen Verstoß gegen unsere Grundsätze und in Hinsicht auf den Nürnberger Parteitag als einen schweren Disziplinbruch, der die schärfste Beurteilung verdiene, selbst seitens derjenigen Genossen, die sonst mit den Süddeutschen sympathisieren. Der Redner empfahl die Resolution des Zentralvorstandes. Sie sei in Niederbarnim von Stadthagen angegriffen worden, von

Stadthagen, der schuld daran sei, daß es auf dem Parteitag in Frankfurt a. M. nicht zu einer klaren Stellungnahme zur Budgetbewilligung gekommen sei. Die Resolution des Zentralvorstandes beurteile mit aller nötigen Schärfe das Verhalten der badischen Fraktion, überlasse es aber dem Parteitag, die Mittel zu bestimmen, welche geeignet sind, Parteitagbeschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Sollte der Parteitag die denkbar schärfsten Mittel für notwendig halten, so würde man denen zustimmen. Es sei zu bedenken: Noch nie sei die Möglichkeit einer Spaltung der Partei näher gerückt gewesen wie jetzt. Für den Fall, daß es zum Bruch kommen sollte, wollen wir Margifen nicht schuld daran sein, wenn den Badenser Bundesgenossen zugeführt werden, die sonst nicht zu ihnen stehen. Aus diesen Gründen müsse die Resolution im Interesse der Partei angenommen werden. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Wehl meint, die Resolution könnte schärfer sein, wenigstens könnte gesagt werden, daß, wer die Disziplin gebrochen hat, nicht mehr fähig sei, Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden. Ein Ausschlußantrag sei aus taktischen Gründen allerdings nicht zu empfehlen. Als Gegengewicht gegen die monarchischen Grundgebungen der badischen Abgeordneten müßte eine antimonarchische Agitation unter den dortigen Parteigenossen betrieben werden. (Beifall.)

Die weiteren Diskussionsredner waren einig in einer scharfen Beurteilung des Disziplinbruchs sowie in der Budgetverweigerung überhaupt. Ein Redner verlangte den Ausschluß der badischen Abgeordneten. Ein anderer empfahl die in Niederbarnim angenommene schärfere Resolution.

Schließlich wurde die Resolution des Zentralvorstandes gegen einzelne Stimmen angenommen.

In der überfüllten Generalversammlung des 6. Wahlkreises kam Genosse Ledebour in seinem Referat zu einer entschiedenen Beurteilung der Budgetbewilligung durch die badische Landtagsfraktion. Falls auf dem Parteitag nicht eine jede Wiederholung ausschließende Erklärung abgegeben werde, müsse dieser Disziplinbruch, wie jeder andere, durch Ausschluß aus der Partei geahndet werden. Jetzt schon mit Ausschlußanträgen vorzugehen, sei verfehlt, die Sache müsse vor den Parteitag kommen, der energisch und endgültig entscheiden werde.

Die Diskussionredner bewegten sich im Sinne der Ausführungen Ledebours. Eine Unterstützung fand die Budgetbewilligung von keiner Seite. Zur Abstimmung stand außer der Resolution des Zentralvorstandes noch die bereits in Niederbarnim angenommene Resolution. Erstere wurde gegen eine erhebliche Mehrheit abgelehnt, die Niederbarnimer unter lebhaftem Beifall mit großer Mehrheit angenommen.

Rixdorf. Der große Saal nebst Galerie des Lokals Hoppe war bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Beweis für das außerordentliche Interesse, das die Genossen an den badischen Vorgängen haben. Die Anteilnahme an dem Gedächtnis und Wohlergehen der Partei ging auch aus der außerordentlich regen Debatte hervor. Genosse Heinrich hielt das einleitende Referat zum Parteitag. Eingehend erläuterte er die Tagesordnung des Parteitages und ging insbesondere auf den Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion ein, und beurteilte deren Handlungsweise auf das entschiedenste. Zum Schluß ersuchte der Referent um Annahme der Resolution des Zentralvorstandes von Groß-Berlin. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Die Genossen Reherau und Franke erklärten ebenfalls, daß die Resolution des Zentralvorstandes das mindeste sei, was heute beschlossen werden kann.

Anderer dagegen waren die Ausführungen des Genossen Haas, der als Badenser eine eingehende Schilderung der badischen Verhältnisse gibt und zu dem Schluß kommt, daß die badische Landtagsfraktion gar nicht anders handeln konnte, wie sie gehandelt habe, und ersucht er um Ablehnung der Resolution. Wie wenig diese Ausführungen die anwesenden Genossen überzeugt hatten, bewies die nachfolgende Debatte. Wühler, der aus Gründen der Zweckmäßigkeit für Ablehnung der Resolution sich ausspricht, erklärt, der Beweisführung des Genossen Haas nicht folgen zu können. Lebhaftige Zustimmung fanden die Ausführungen des Genossen Ucko, der die Argumente des Genossen Haas zerzauste. Die Resolution des Zentralvorstandes wurde gegen etwa zwanzig Stimmen angenommen.

Für die übrigen Versammlungen liegen uns Berichte noch nicht vor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Meuterei?

Kiel, 26. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der große Kreuzer „Blücher“ befand sich mit der Hochseeflotte in den norwegischen Gewässern. Am Sonnabend kehrte er jedoch allein nach Kiel zurück und machte an einer Boje im Kriegshafen fest. „Blücher“ mußte bald darauf unter Begleitung des Kreuzers „Prinz Adalbert“ nach der Wiler Bucht fahren und ging außerhalb des Kriegshafens vor Anker. Am Montag beobachteten Arbeiter, daß 60 bis 80 Mann der Besatzung des „Blücher“ in der Wiler Bucht, wo die großen Kasernen liegen, unter starker Bewachung an Land gesetzt wurden. Auf dem „Blücher“ soll eine Meuterei hatgefunden haben, deren Anlaß in erster Linie das schlechte Essen gewesen sein soll. Selbst ein Offizier soll sich beklagt haben. — Die Kieler Bevölkerung ist wegen der Behandlung der Matrosen sehr erregt und erwartet Aufklärung von der Marinebehörde.

Opfer der Arbeit.

Luzernburg (im Grobberzogtum), 26. Juli. (B. L. B.) Auf der Reher Hütte sind sieben Arbeiter bei Reinigungsarbeiten durch ausströmende Gase betäubt worden, zwei davon erlitten, ebenso ein zur Rettung herbeigewillter Hilfsarbeiter.

Das Urheberrecht im englischen Unterhaus.

London, 26. Juli. (B. L. B.) Der Handelsminister Dugton brachte im Unterhaus einen Gesetzentwurf zur Wänderung des bestehenden Urheberrechts ein und führte in seiner Begründung aus, die im Entwurf enthaltenen Vorschläge seien das Resultat der Konferenz in Berlin, auf welcher man zu einem Uebereinkommen gelangt sei, die betreffenden Gesetze der vertretenen Länder mit einander in Einklang zu bringen. Dies Uebereinkommen mache Änderungen der englischen Gesetze notwendig, und zwar seien in England größere Änderungen erforderlich als in irgend einem anderen Lande, denn ein jedes andere Land habe die Urheberrechtsgesetzgebung zu einer zeitgemäheren gestaltet wie England.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 26. Juli. (B. L. B.) In den letzten 24 Stunden (von Mittag zu Mittag) erkrankten 58 Personen an der Cholera, von denen 16 gestorben sind. Die Zahl der Erkrankten beträgt jetzt 280.

Vom Seemannsberuf.

Der Geschäftsbericht der Seeverkehrsvereinsvereine... Der Geschäftsbericht der Seeverkehrsvereinsvereine...

Die Zahl der Schiffahrtsbetriebe ist wohl gegen das Jahr 1908 etwas gestiegen, ist aber immer noch um 300 gegen das Jahr 1888 zurückgegangen.

Table with 3 columns: Schiffart, Anzahl, Wert. Rows include Holzsegler, Eisener Segler, Segler mit Hilfsmaschine, Dampfer.

Als verschollen und verloren erklärt wurden im Berichtsjahre 63 Rauffahrtschiffe und zwanzig Holzsegler, 9 Eisener Segler, 5 Segler mit Hilfsmaschine und 17 Dampfer...

Table with 4 columns: Schiffart, Anzahl, Wert, Zusammen. Rows include Holzsegler, Eisener Segler, Segler mit Hilfsmaschine, Dampfer.

Die Rauffahrtsflotte hat somit seit 1888 an Holzern Seglern um 1410 oder 90,46 Proz. abgenommen...

Table with 4 columns: Schiffart, Bestand a. 1. Jan., Abnahme in Kubikmetern, Zunahme in Kubikmetern. Rows include Holzsegler, Eisener Segler, Dampfer.

Kleines feuilleton.

Die „kulturlöse“ Sozialdemokratie. Der Morosandal gab uns Gelegenheit, die Korruption der deutschen Presse...

Seitdem die Sozialdemokratie in Kulturfragen ihre eigenen Wege geht und sich nicht damit begnügt, die bürgerliche Kultur...

Aber ganz abgesehen von der allgemeinen Einschätzung der Museen — warum soll das deutsche Volk sich darüber grämen...

Der Bruttoreumgehalt hat also seit dem Jahre 1888 bei den Holzernen Seglern um 90 Proz. abgenommen...

Table with 2 columns: Jahr, Anzahl. Rows include 1890, 1900, 1905, 1909.

Gegen das Jahr 1908 hat sich die Zahl der Versicherten nur um 928 erhöht. Stärkere Zunahmen hatten dagegen die Jahre 1900 mit 5119, 1905 mit 3571 usw.

Die stärksten Sektionen sind Hamburg mit 33 009, und Bremen mit 24 905 Versicherten. Die übrigen 4 Sektionen der Berufsvereinsvereine haben alle unter 3800 Versicherte.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 3108 Unfälle, gegen 3377 im Jahre 1908. Davon waren 290 Todesfälle und 2843 Verletzungen.

Seit dem Jahre 1908 wurden gemeldet: 56 520 Unfälle, davon 9144 Todesfälle. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Unfälle und auch der Todesfälle erheblich zurückgegangen.

Diese Abnahme, insbesondere auch der Todesfälle, wäre eine noch bedeutendere gewesen, wenn nicht die außerordentlich schweren Stürme, die im November und Dezember des Berichtsjahres gewütet haben...

In Ergänzung dieses teilen wir zunächst mit, daß die für Zwecke der Unfallversicherung im Berichtsjahre aufgewendete Summe wiederum eine ganz erhebliche Steigerung, und zwar auf 2825 609,24 Mark gegen 187 072,40 Mark im Jahre 1908...

ja alles in Waren verwandelt; wenn einer Geld genug hat und technische Schwierigkeiten nicht entgegenstehen, kann er ganze Kulturen aufkaufen.

berartig zu handhaben, daß alle Schiffe in jedem Hafen fortlaufend unter Kontrolle stehen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nunmehr die Unfallversicherung, Ueberholungsformulare usw. nahezu vollständig durchgeführt seien und jetzt ein gewisser Ruhestand eintreten müsse...

Im Reichsamt des Innern sei nunmehr der Entwurf einer neuen Verordnung betreffend die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rauffahrtschiffen fertig gestellt worden...

Bei Titel: Verschollene Schiffe — wird ausgeführt, daß die amtliche Untersuchung der im Jahre 1908 verschollenen zehn näher bezeichneten Schiffe — in keinem einzigen Falle die Spur näherer Beweise dafür erbracht habe...

Ein Abkündigt des Berichtes führt uns die soziale Fürsorge für Seelente in außer-europäischen Staaten vor.

Aus der Partei.

Die Kölner Genossen zur Budgetbewilligung.

Der Sozialdemokratische Verein für Köln-Stadt und Köln-Land nahm am Sonnabend in seiner Generalversammlung Stellung zur badischen Budgetbewilligung.

sonders wenn er einer angenehmen Verbindung angehört, muß sich, falls er sich als unabhängiger Mensch gerieren will, vom Rektor und Senat nach Noten scharflegen lassen.

Im Hamburger Schachturnier sind die Mehrzahl der Partien jetzt gespielt. Nach der siebenten Runde ist der Stand der Teilnehmer (die Riffern in Klammern bedeuten Hängepartien):

Die Kulturfrage dieses Sommers, d. h. die Frage, ob und welchen Kontrakt der Schauspieler Josef Rainz mit dem Wiener Burgtheater schließen würde...

Eine diplomatische Geschichte des deutsch-französischen Krieges. In der nächsten Woche werden die zwei ersten Bände einer auf 8 bis 10 Bände berechneten Sammlung diplomatischer Aktenstücke...

Notizen.

Das verböhnende Freibier. Der deutsche akademische Bürger, der sich ja besonderer Randalierfreiheden erfreut...

Gefundung muß von innen heraus, aus der Masse der badischen Parteigenossen erreicht werden. Genosse Müller unterbreitete eine Resolution, die das Vorgehen der badischen Abgeordneten sowie das Verhalten gegenüber dem Staatsoberhaupt als Disziplinbruch bezeichnet, der die härteste Verurteilung herausfordere; der sich gegen die Einheit der Partei richtende Restzug könne durch nichts gerechtfertigt werden; der Parteitag müsse Mittel und Wege finden, die Wiederkehr dergleichen Vorfalls zu unterbinden.

In der Diskussion forderte Genosse Berg den Ausschluß der Budgetbewilliger, da sie in der Folge doch wieder zu handeln würden wie jetzt. Genosse Köhler nimmt eine vermittelnde Stellung ein. Genosse Reuberl sieht Hilfe nur darin, daß die Genossen künftig solche Abgeordnete nicht mehr wählen, sondern andere aussuchen. Genosse H. Schäfer fordert, daß man den Siebzehn keine persönlichen Motive unterbreite; es sei das Richtige, dem Parteitag das Urteil zu überlassen, der Gelegenheit habe, die Angelegenheit zu hören. Genosse Heine will den Siebzehn die gute Meinung nicht absprechen. Genosse Winzen verurteilt scharf das Vorgehen der Siebzehn. Genosse Heimlich will die Aburteilung der großen Disziplinlosigkeit dem Parteitag überlassen. Genosse Paulnecht bezeichnet das Vorgehen ebenfalls als Disziplinbruch, findet die Erklärung für das Verhalten der Badenier aber in der anderen gesellschaftlichen Struktur und politischen Konfession Baden. Ein Ausschluß würde weittragende Folgen auch in den anderen süddeutschen Ländern nach sich ziehen. Es wäre richtiger, über die Budgetfrage die Einzellandestage selbständig entscheiden zu lassen. Genosse Sinder verurteilt das Vorgehen, hält aber den Rürnberger Beschluß für nicht gut. Genosse Bömer hält die Resolution Müllers für das allermindeste; am besten mache man keinen Tisch. Genosse Kempfers fährt aus, daß durch einen Ausschluß die Dinge erst recht für die Partei verhängnisvoll würden, da dann angeführt der Solidität der Süddeutschen an schweren inneren Kämpfen nicht zu zweifeln sei; durch schärfste Verurteilung des Disziplinbruchs müsse man eine bessere Einsicht der Schuldigen erhoffen. Genosse Kieger wendet sich scharf gegen die Budgetbewilligung. Genosse Dr. Erdmann hält den Rürnberger Beschluß zwar für nicht gut; doch müsse er als gültig unbedingt befolgt werden. Das Vorgehen der Badenier sei im vorerwähnten, als die siebzehn Genossen sich hätten sagen müssen, daß sie kurz vor den Reichstagswahlen die Einheit der Partei aufs schärfste gefährdeten. Genosse Georg Schumacher verurteilt Aburteilung und Disziplinbruch ganz entschieden. Nach einem Schlußwort des Referenten wird die Resolution mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Düsseldorf hielten am Sonntag ihre diesjährige Kreisversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes der politischen Organisation entnehmen wir, daß die Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen von 2021 männlichen und 446 weiblichen in 1900 auf 2947 bzw. 682 Mitglieder in 1910 gestiegen ist. Das ist eine Zunahme von insgesamt 612 Mitgliedern in der politischen Organisation. Die Kostenabrechnung ergibt eine Jahreserinnahme an Beiträgen von 10 428,40 Mark. An die Zentralkasse in Berlin wurden 2997,90 M. und an die Bezirkskasse 1747,62 M. abgefordert. Im übrigen ging aus dem Bericht hervor, daß unsere Parteibewegung im ganzen Kreise, besonders auch in den hier noch sehr großen ländlichen Bezirken ständig zunimmt, was sowohl die Fortschritte der politischen Organisation wie auch die immer weitere Verbreitung unserer Presse im Kreise beweisen.

Bei der Stellungnahme zum diesjährigen Parteitag nahm die Kreisversammlung den Antrag an, auf die Tagesordnung des Parteitages die Steuerfrage zu setzen.

Demer folgende Resolution, die einstimmig beschlossen wurde: „Die Kreisversammlung des Wahlkreises Düsseldorf verurteilt die Budgetbewilligung der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf das entschiedenste. Nicht bloß wegen der damit verbundenen großen Risikofähigkeit der Parteitagbeschlüsse, sondern auch wegen der Stellung der betreffenden Abgeordneten zum Parlamentarismus überhaupt, wie sie in der Bewilligung des Budgets zum Ausdruck kommt. Die Kreisversammlung erwartet vom Parteitag entsprechende Maßnahmen, die für die Zukunft ein derartiges Verhalten von Parteigenossen unmöglich machen.“

Auf der Kreisversammlung für den Wahlkreis Offen wurde bei der Stellungnahme zur Verdrängung des deutschen und des niederdeutschen Parteitages nach kurzer Erörterung der badischen Vorgänge beschlossen, das Delegationsrecht zum deutschen Parteitag voll auszunutzen und den Genossen empfohlen, nur Delegierte zu wählen, die der Budgetbewilligung widersprechen.

Eine Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Rando-Wesinghausen tagte am Sonntag in Steil. Nach dem Geschäftsbericht sind in 23 Orten des Kreises selbständige Abteilungen und in neun weiteren Orten Einzelmitgliedschaften des sozialdemokratischen Wahlvereins, der nunmehr insgesamt 8901 Mitglieder, darunter 435 Genossinnen, zählt. Im Berichtsjahr vermehrte sich die Mitgliederzahl um 821 Personen, ein für pommerische — und zumal größtenteils ländliche — Verhältnisse erfreuliches Zeichen für das Vorwärtstreben der Partei. Um diesen Erfolg zu erzielen, war eine intensive Arbeit notwendig. Es wurden 288 000 Flugblätter und Volkskalender im Berichtsjahr verbreitet und durch 26 öffentliche Versammlungen die Agitationsarbeit gefördert. In einem Referat über die Agitation für die nächste Reichstagswahl, gab der Kandidat des Kreises, Genosse Albin Richter in Berlin, wertvolle Anregungen, die in einer ergiebigen Diskussion ergäht wurden. Die Versammlung beschloß sich dann auch mit dem Badenier Disziplinbruch. Es wurde darauf bezüglich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Rando-Wesinghausen verurteilt die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget. Sie erhebt hierin einen Disziplinbruch, wie er schon bisher noch nicht begangen wurde, da der Rürnberger Parteitag in prinzipieller wie auch in faktischer Hinsicht klipp und klar bargelegt hatte, wie in der Budgetfrage zu verfahren ist. Die Kreisgeneralversammlung verurteilt weiter die Teilnahme der badischen Landtagsfraktion an föhlichen Kundgebungen, eine Handlung, welche den republikanischen Charakter der Partei verstößt. Die Kreisgeneralversammlung erwartet, daß der Magdeburger Parteitag dahin Beschluß faßt, daß Verurteilungen dieser Art in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfen.“

Die größte Kreisorganisationsmaßnahme, der sozialdemokratische Verein für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig/Land) hielt am Sonntag im „Vollhaus“ ihre Jahres-Hauptversammlung ab. Aus dem schriftlich und mündlich erstatteten Geschäftsbericht sei folgendes hervorgehoben: Die Mitgliederzahl hat sich im Berichtsjahr um 1009 männliche und 178 weibliche Mitglieder oder 6 Proz. erhöht, die Gesamtmitgliederzahl beträgt 24 945. Der Verein zählt 68 Ortsvereine. Versammlungen wurden, ausschließlich der Ortsvereinsversammlungen 840 abgehalten.

In 67 Orten sind zusammen 148 sozialistische Gemeindevereine vorhanden. Die großen Vorstadtviertel, die zum 18. Kreis gehören, haben ihre sozialistischen Vertreter im Stadtparlament. Gegenwärtig ist die Partei in diesem Bezirk 19 Genossen vertreten. Die nachfolgenden Zahlen geben nur ein ungefähres Bild von der großen Leistungsfähigkeit der Kreisorganisation, da nur die Summen genannt sind, die durch die Hauptkassen verrechnet wurden, die Gesamteinnahmen und Ausgaben des Kreises sind viel höher. Bei der Hauptkasse gingen 81 770,40 M. ein und es wurden 72 680,71 M. ausgegeben. An den Parteivorstand wurden 25 000 M. gezahlt; für den Bibliotheksausbau 10 100 M. ausgegeben. An den Wahlfonds wurden 6118 M., an das Agitationskomitee 16 000 M. abgeliefert. Für Agitation gab der Parteivorstand 13 542 M. aus. Bei dem großen Betrieb der Organisation sind die Sekretariatskosten mit 4805 M. gewiß gering.

Daß der Verein auch den hiesigen Kampf, besonders den der be- stämmten Leipziger Amtsbewandlung auch im verflochtenen Jahre abzuwehren hatte, versteht sich von selbst. Der schriftliche Bericht enthält über die beherrschende Sozialistenleiteri mancher ergögliche Probe.

Die Generalversammlung war mit dem im verflochtenen Jahre Erreichten zufrieden und sprach den Bericht richtig. Der alle Vorstand wurde wiedergewählt. Auch den Genossen Geher ernannte die Generalversammlung nach dem Vorschlage des Hauptvorstandes wieder einstimmig zum Reichstagskandidaten.

Weber die Tätigkeit des Vereins bei der Landtagswahl, bei der Wahlrechtsbewegung für das allgemeine Wahlrecht zum Stadtparlament, bei den gemeinsamen Versammlungen mit dem Verein des 12. sächsischen Reichstagswahlkreises wird beim Bericht des Agitationskomitees zu berichten sein.

In Dresden-Mittstadt wurde von einer Parteiversammlung folgende vom Genossen Sindermann, dem langjährigen Vorsitzenden der sächsischen Landesorganisation unserer Partei, eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die Parteiversammlung des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises erkläre in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben. Die Versammlung erwartet, daß die Disziplinbrecher aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen werden und ihre Mandate niederlegen.“

Eine sehr stark besetzte Parteiversammlung für den 19. sächsischen Reichstagswahlkreis (Stollberg-Schneeberg) nahm nach einem Referat des Genossen Schöpflin und nach sehr lebhafter Debatte gegen vier Stimmen die nachstehende Resolution an: Die Versammlung erkläre in der Budgetabstimmung der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtages einen großen Disziplinbruch. Die Abstimmung steht im Widerspruch mit der Rürnberger Resolution und ist um so schärfer zu verurteilen, weil der dabei verübte Disziplinbruch betruht und mit Absicht ausgeführt worden ist. Das Verhalten der Fraktion zur Monarchie erkläre die Versammlung für ein solches, das für Sozialdemokraten beschämend ist.

Die Generalversammlung für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Riegenrath fahte zur badischen Budgetbewilligung, nach einem Referat des Genossen Heinrich Schulz, folgende Resolution: „Die Kreisgeneralversammlung für den Reichstagswahlkreis Erfurt-Schleusingen-Riegenrath erkläre in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion einen bedauerlichen Ausfluß partikularistischer und revisionistischer Kurzsichtigkeit, die die allgemeine politische Situation in Deutschland sowohl als auch den Kampfscharakter der Sozialdemokratie vollständig verkennt. Zugleich aber sieht die Versammlung in dem Vorgehen der badischen Budgetbewilliger eine unerhörte Nichtachtung eines unzweideutigen Parteitagbeschlusses, also einen schweren Disziplinbruch, den die Versammlung einmütig auf das schärfste verurteilt.“

Die Kreisgeneralversammlung fordert den Magdeburger Parteitag auf, durch entschlossene und rücksichtslose Maßnahmen die Wiederkehr solcher parteischädigender Vorkommnisse zu verhindern.“

Die Kreisgeneralversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Nordhausen-Grafschaft Ohestein nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 24. Juli im „Schützenhaus“ zu Nordhausen tagende Kreisgeneralversammlung verurteilt die Budgetzustimmung der badischen Landtagsfraktion auf das schärfste. Die Versammlung erwartet vom Parteitag in Magdeburg, daß er Mittel und Wege findet, um zu verhindern, daß zukünftig in den Einzellandtagen parlamentarische Abstimmungen vorgenommen werden, die die Aktionskraft der Partei als kämpfende Massenpartei auf das schwerste schädigen müssen. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag eindringlich bekundet, daß ebenso wie im Reichstag auch in den Einzellandtagen nur das Klassenkampfsprinzip in seiner schärfsten Form die Tätigkeit der Fraktionen leitet und daß nur in den, in der Rürnberger Resolution vorgezeichneten Fällen eine Abstimmung für das Budget vorgenommen werden darf.“

Die sozialdemokratische Kreisabteilung des 10. badischen Reichstagswahlkreises Karlsruhe-Bruchsal nahm eine Resolution an, in der der sozialdemokratischen Landtagsfraktion unumchränkte Anerkennung gesollt, Aufhebung des Rürnberger Parteitagbeschlusses wegen Undurchführbarkeit gefordert und den Parteigenossen der übrigen Bundesstaaten empfohlen wird, im allgemeinen Interesse der Partei etwas schlüssiger zu verfahren und den Zuständen und Verhältnissen im eigenen Staate erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Wehliche Beschlüsse wurden in Heidelberg, Freiburg und Schweizingen angenommen.

Eine Kreisversammlung für den zweiten hannoverschen und zweiten oldenburgischen Wahlkreis tagte am Sonntag in Zwischenahn in Oldenburg. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl im zweiten oldenburgischen Wahlkreise 2084 männliche und 638 weibliche, im zweiten hannoverschen Wahlkreise 838 männliche und 47 weibliche beträgt. Die Einnahmen beider Kreise betragen 16 252,15 M., die Ausgaben 14 871,15 M., der Bestand 8314,78 M. Die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen zeigten, daß besonders in Ostfriesland noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind. Diesfallt es an den erforderlichen Mitteln und agitatorischen Kräften. Weber die Organisation und Agitation bei den bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen referierte Parteileiter Schulz. Als Delegierter zum diesjährigen Parteitag in Magdeburg wurde Genosse Hug. Vant vorgeschlagen. Beschlossen wurde, die Kreisversammlungen nicht mehr jährlich, sondern nach Bedarf stattfinden zu lassen.

Der sozialdemokratische Zentralverein für das Fürstentum Lübeck hielt am Sonntag in Schwartau seine Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich von 981 auf 1047 erhöht hat, ein Fortschritt, der immerhin als erfreulich bezeichnet werden kann, da es sich um einen durchweg ländlichen Bezirk handelt. Die Einnahmen der Zentralkasse beliefen sich auf 2328,15 M., die Ausgaben auf 2409,33 M., so daß ein Kassenbestand von 124,80 M. zu verzeichnen war. Die Agitation wurde im Berichtsjahre sehr eifrig betrieben. In sechs Landgemeinden sind unsere Genossen durch zusammen 20 Mitglieder im Gemeinderat vertreten. Im Bericht wird Klage über die Saalabteilergebnisse geführt, durch welche die Gegner unsere Agitation zu erschweren suchen. Die Generalversammlung nahm sodann zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen Stellung und beschloß, überall vor für die Einführung der Verhältniswahl einzutreten, wo durch dieselbe eine gerechtere Vertretung erreicht wird. Nach einem Referat des Genossen Stellung über die oldenburgischen Landtagswahlen wurde beschlossen, die Aufstellung von vier Kandidaten zum Landtag in einer späteren außerordentlichen Generalversammlung vorzunehmen.

Reichstagskandidatur.

In der sozialdemokratischen Kreisversammlung für den Bremer Reichstagswahlkreis wurde der Redakteur an der Bremer Bürgerzeitung, Genosse Penke, mit 23 gegen 9 Stimmen für die kommenden Reichstagswahlen aufgestellt. Die 9 Gegenstimmen entfielen auf den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten, Genossen Schmalfeld.

Der Tod des Genossen Suzzani.

Rom, 23. Juli. (Fig. Ver.) Ein schwerer, erkrankender Verlust hat die italienische Partei und vor allem deren ultrantingente Fraktion betroffen. Der Chefredakteur des Organs des Kandidats der Eisenbahner, der Eisenbahner Giovanni Suzzani, ist ganz unerwartet

in Mailand gestorben. Der erst 35 jährige Mann wurde auf dem Wege nach seinem Bureau vom Schlag getroffen und sank tot zu Boden. Der Verstorbene war ein gütiger, sehr intelligenter und klarer Mensch, arbeitsam und bescheiden. Auf ihn setzte man im Lager der Intransigenten alle Hoffnungen, und für den Mailänder Parteitag war er zum Referenten für einen wichtigen Gegenstand vorgeschlagen worden. Sein Tod bedeutet für die Organisation der Eisenbahner und für die sozialistische Partei, als deren Kandidat Genosse Suzzani beim letzten Wahlkampf beinahe 2000 Stimmen erlang, einen harten Schlag.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften

In Preußen 1908/09, soweit sie reine Erwerbgesellschaften sind, veröffentlicht die amtliche „Statistische Korrespondenz“ eine Uebersicht, aus der hervorgeht, daß der Jahresertrag und die Dividende dieser Gesellschaften gegen das Vorjahr im ganzen zurückgegangen ist, wiewohl ihr Unternehmungskapital (eingezahltes Aktienkapital nebst edten Reserven) wie auch ihre Zahl überhaupt augenommen haben.

Im einzelnen schlossen von den reinen Erwerb-Aktiengesellschaften bei Ausschreibung der Gewinn- und Verlustvorträge aus Vorjahren ab

	1907/08	1908/09
a) ohne Jahres-Reingewinn u. ohne Jahres-Reinverlust		
deren dividendenberechtigtes Kapital	59 134	88 009
b) mit Jahres-Reingewinn		
deren dividendenberechtigtes Kapital	7 390 467	7 874 410
c) mit Jahres-Reinverlust		
deren dividendenberechtigtes Kapital	600 813	671 634

Während im Vorjahre nahezu drei Viertel aller Gesellschaften Dividenden zahlten, war dies im Berichtsjahre nur bei etwas mehr als zwei Dritteln der Gesamtzahl der Fall; dagegen waren in beiden Bilanzjahren ziemlich gleiche Teile — 1908/09 88,0, 1907/08 86,6 Proz. — des dividendenberechtigten Gesamtkapitals Dividende ab.

Im ganzen haben von 2006 Aktiengesellschaften mit einem dividendenberechtigten Kapital von rund 8129 Millionen Mark, 1782 Gesellschaften mit rund 7000 Mill. Mark Kapital Dividenden bezahlt. Und zwar betrug der Jahresertrag mehr als 725 Millionen — 8,8 Proz. des eingezahlten Kapitals. Die Dividende betrug rund 614 1/2 Millionen — 8,9 Proz. des dividendenberechtigten Kapitals.

Gerichts-Zeitung.

Polizeihundsjerei.

Die bestialischen Missetaten, die mittels Polizeihunden verübt werden, greifen über Preußen hinaus. Aus Schwefurt wird uns gemeldet:

Der Schuhmann Wolf mußte an einem Gefangenen die Nichtigkeit seines Polizeihundes probieren. Dabei erhielt der Gefangene, ein Dienstinnecht Jabor Schäfer, eine große Anzahl Wunden. Schäfer meldete das Vorkommnis dem ersten Staatsanwalt, der eine Untersuchung einleitete.

Wir sind keine Freunde einer Vermehrung von Strafgefangenen. Angekäfts der wachsenden Zunahme von Missetaten, Menschen als Versuchobjekte für Polizeihunde zu mißbrauchen, dürfte ein Reichsstrafgesetz aber am Plage sein, das Anhaltungsstrafe für solche Delikte festsetzt, dem Verlehten die Anklage gestattet und die Aburteilung Geschworenen überweist, die aus allen Kreisen der Bevölkerung entnommen sind. Sollen durchaus Menschen als Versuchobjekte dienen, so mögen Polizeioffiziere oder Staatsanwälte diese Stelle ausfüllen. Eine Barbarei ist es, wie in dem ungeschlachten Falle in Altona Fürsorgezöglinge oder wie jetzt in Schweinfurt Gefangene Polizeihunden preiszugeben.

Stadtbahnstrolcher.

Ein vereitelter Raubversuch auf der Stadtbahn lag einer Anklage wegen Diebstahls im strasshärten Rudfalle zugrunde, die gestern die 4. Penitenzstrammer des Landgerichts I beschloß. Aus der Untersuchungshaft wurde der Eisenbrecher Wilhelm Kraft vorgeführt. Am 14. April d. J. bestieg der Schuhmachermeister Bertau auf dem Bahnhof Paritätter Straße einen Stadtbahnzug. Auf dem Schlesischen Bahnhof stieg der Angeklagte mit zwei unbekannt gebliebenen Männern in das Abteil und setzte sich dicht neben B. Durch das eigentümliche Gebahren der Drei, die sich verstellten Zeichen gaben, aufmerksam gemacht, schöpfe B. Verdacht, zumal er kurz vorher in der Zeitung gelesen hatte, daß die Stadtbahnzüge von Dieberrern unbesetzt gemacht werden. Am den drei Stadtbahnräubern das Handwerk zu legen, stellte er sich schlafend. Nachdem ihn der Angeklagte mehrmals rein zufällig angefohlen hatte, um auszufragen, ob er auch schlafte, bemerkte er, wie der Dieb, nachdem er mit seinen Komplizen leise gesprochen hatte, seine Tasche einer Revision unterzog. Kurz vor dem Bahnhof Alexanderplatz hatte ihm der Angeklagte das Portemanteau aus der Tasche gezogen. Als er bei der Anklage den Dieb verfolgen wollte, stellten die Gehilfen des Stadtbahnführers in dem Abteil die Weine vor, so daß er nicht so schnell folgen konnte. Der Verfolgte sprang zurgerhand über die Weine hinweg und sahle den Dieb noch kurz vor der Bahnstrecke. Inzwischen hatten die beiden Komplizen Reiß geschalt, spurlos zu verschwinden. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit derartiger Raubereien auf drei Jahre Anhaltungsstrafe, fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein netter Tomatenpächter.

Wegen Bedrohung und Körperverletzung ist am 18. Februar vom Landgerichte Weeslau der Tomatenpächter Karl Vohli zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Außerdem hat er eine Fuhre von 500 M. an den Verlehten zu zahlen. Einer seiner Arbeiter, der Futtermann S., verlangte eines Tages 8 M. Lohn für seine Frau. Der Angeklagte wies ihn ab, da das Geld bereits verrechnet sei. S. ging hinaus, schimpfte aber draußen laut. Der Angeklagte eilte mit seinem Revolver hinaus und sieh den S. vor sich her. Dabei drohte er ihm, wenn er nicht ruhig sei, mit Schuß einzufragen. Da S. nicht ruhig war, schloß der Angeklagte ihm in der Brust eine Kugel in den Rücken. Mildernde Umstände sind dem Angeklagten nicht zugestanden worden. — In seiner Revision gegen das noch immer recht milde Urteil behauptete der Angeklagte, er habe die Körperverletzung in vermeintlicher Nothwehr begangen. Das Reichsgericht erkannte jedoch am Montag auf Verwerfung der Revision.

Wodurch die Ehre eines Amtsgerichtsrats verletzt wird.

Der Amtsgerichtsrat Schmiedt zu Anhalt sahle sich durch die Ausendung eines Prospektes über ein Buch beleidigt, in dem die Einschränkung der Kinderzahl behandelt wird. Eine gegen den

Buchhändler wegen Verletzung urheberrechtlicher Schriften durch diesen Prospekt erhobene Klage aus § 184 Str.-G.-B. hatte mit Freisprechung geendet. Nicht so die Verletzungsklage. Der Buchhändler wurde vom Amtsgericht Altona zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Richter sei als Bürger, Vater und in seiner sozialen Stellung als Richter durch den Prospekt beleidigt, führen die Urteilsgründe aus. — Eine Verletzung kann ja schließlich in allem möglichen gefunden werden. Statt erscheint aber die Annahme, der Buchhändler habe beim Zuhören des Prospektes das Bewußtsein gehabt, er könne dadurch jemand beleidigen. Vergaht hat er wohl nur, ihm würde der Adressat das Buch ablaufen.

Vor einigen 40 Jahren wurde ein Richter diszipliniert, weil er in Berlin in der Alhambra vor Arbeitern einen Vortrag über die Einschränkung der Kinderzahl hielt. Freilich, der tiefer liegende Grund war der auch im Disziplinarverfahren festgestellte Umstand, daß der Richter in einer der Regierung oppositionellen Weise in einer Zeitung Artikel geschrieben hatte. Dies diese Oppositionsblatt war die damalige „Nationalzeitung“. Der Richter, früher Staatsanwalt, war der fortschrittliche Abgeordnete von Kirchmann, dessen kleines Prospektchen „Die Verantwortlichkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft“ noch heute recht lesenswert ist.

Störungen des Eigentums durch Maschinengeräusche.

In seinem Titel: „Ansprüche aus dem Eigentum“ gibt das Bürgerliche Gesetzbuch dem Eigentümer einer Sache das Recht, jede Störung oder Beeinträchtigung seines Eigentums durch Unterlassung zu verlangen. Derartige Störungen oder schädliche Inmisionen werden besonders durch Einwirkungen von Rauch, Staub und Lärm verursacht. Nun steht das Bürgerliche Gesetzbuch in seinem § 908 dem Unterlassungsanspruch eine Einschränkung entgegen, indem es ausführt, daß der Eigentümer eines Grundstückes die Zuführungen von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch, Wärme, Kälte, Erschütterungen insoweit nicht verbieten kann, als diese Einwirkungen sein Grundstück nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigen. Auch dann wird das Unterlassungsrecht hinsichtlich, wenn die Störungen dort, wo sie stattfinden und von wo sie ausgehen, den Charakter des Allgmeinüblichen an sich tragen. Das Reichsgericht hat diese Gesetzesstelle bereits dahin ausgelegt, daß Geräusche in einem Fabrikviertel überhaupt nicht unterlag werden können, wenn sie nicht beträchtlich über das allgemeine Maß dieses Viertels hinausgehen, während Geräusche desselben Charakters auch dann unzulässig sind, wenn sie in weit schwächerem Maßbemaß in einem vornehmen oder Villenviertel ausgeführt werden.

In einem solchen Streitfall hatte das Reichsgericht kürzlich infolge von Geräuschen durch eine Maschinenfabrik in Schöneberg zu entscheiden. Der Kläger besitzt in der Nähe dieser Fabrik ein Hausgrundstück, das er vermietet und in dem er selbst eine kleine Schlosserei betreibt. Er behauptet nun, daß seine Mieter durch die Geräusche der Maschinenfabrik gequält werden und ausziehen und verlangt deshalb Unterlassung des Lärms sowie Entschädigung. Die Beklagte hält dem entgegen, daß der von ihrer Fabrik ausgehende Lärm nicht übermäßig sei und daß der Kläger selbst durch seine Schlosserei störenden Lärm verursacht.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin sind auf Grund von Gutachten Sachverständiger zur Beurteilung der Beklagten gekommen, Einrichtungen zu treffen, die das Maß des Erträglichen nicht übersteigen. Das Kammergericht legt dar, daß der Umstand, daß der Kläger selbst störenden Lärm bereitet, die Möglichkeit des störenden größeren Geräusches der Maschinenfabrik nicht ausschließt. — Gegen das Urteil des Kammergerichts hatte die Beklagte mit Erfolg Revision beim Reichsgericht eingelegt. Es wurde das Urteil des Kammergerichts aufgehoben, weil das Berufungsgericht die Gutachten der Sachverständigen, die sich auf die Gemütskrankheit der Geräusche in dem Schöneberger Stadtteil beziehen, nicht genügend berücksichtigt habe. Die Begründung hätte eine Abwägung derselben ergeben müssen. Die Sache wurde deshalb zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen.

Aus der Frauenbewegung.

Die „Flotten“-Frauen.

Das Vaterland kann nie verderben, sagt Heinrich Heine in einem seiner Gedichte. An diese Stelle muß man denken, wenn man vom „Flottenbund deutscher Frauen“ hört. Nein, das Vaterland wird nie verderben, solange es noch deutsche Frauen gibt, die vom hehrsten Opfermut durchglüht, für den Krieg rüsten helfen. Früher soll es vorgekommen sein, daß deutsche Frauen und Mädchen in edler Eftase ihre Haare abschnitten, um sie auf dem Altare des Kriegsgottes zu opfern. So weit verstehen sich allerdings unsere heutigen Damen in ihrem patriotischen Launen nicht mehr. Es ginge auch im Zeitalter der Riesenbüste nicht gut an, denn diese Frauen noch „Anleihen“, um genügend Geld zu gewinnen. Doch wollen die flottenbesessenen Damen Gelder sammeln, um Deutschlands Ruhm und Macht zu Wasser zu fähren. Am 20. Juni taute der Flottenbund deutscher Frauen in Heidelberg zum vierten Male. Das Vermögen des Vereins soll 80 000 M. betragen. Wie hoch man in Marinekreisen diese Bestrebungen bewertet, geht aus der Tatsache hervor, daß das Reichsmarineamt einen Vertreter delegiert hatte. Die wehrlichen Patrioten unterscheiden sich von ihren männlichen Gesinnungsgenossen übrigens in keiner Weise. Wie jene pflegen sie den Patriotismus, solange wie derselbe nichts oder nicht viel kostet. „Wenn man ein Kriegsschiff bauen wolle, so kostet das 40 Millionen. Für diese Zwecke hat der deutsche Frauenbund noch fünfjährigem Ausbruch noch keine halbe Million beisammen.“ Dieser verzweifelte Ausruf einer Wehrerin kennzeichnet die flottenwütigen Frauen in genügendster Weise. In der Schule wird den Kindern poetisch verkärt die Frau vorgeführt, deren eblste Aufgabe es sei, Wunden zu fähnen und Schmerzen zu lindern. Die flottenweiber aber schreien nach Nordwestwehen, nach Panzerschiffen und tragen somit dazu bei, die internationalen Gegensätze zu verschärfen. Auch hier es immer, die Frau gehöre ins Haus, für sie sei politisch Lied ein garstig Lied. Sobald es den Herren für ihre Interessen paßt, ist die Hilfe der Frau ganz angefehen, sonst allerdings gehört die Frau ins Haus.

Freiwillige gegen die Gleichberechtigung der Frauen!

In der Lübecker Bürgerchaft bekämpften die Freiwilligen vergangene Woche einen Senatsantrag, der die Errichtung eines Volksschullehrerinnenseminars bezweckte, nur aus dem Grunde, weil sowohl ein weiblicher Direktor als auch anderes weibliches Lehrpersonal vorgefehen war. Man bezeichnete es als eine Ungehörlichkeit, einem Oberlehrer zuzumuten, einer weiblichen Oberleitung unterstellt zu sein. Ein Mitglied der Bürgerchaft und Arzt, Dr. Siehl, beschimpfte die Frauenbewegung als „psychische Seuche“. Schließlich wurde mit Hilfe der Freiwilligen die fortschrittliche Vorlage, die besonders von den Sozialdemokraten und dem bekannten früheren Berliner Schulmann, jetzigen Lübecker Schulrat Prof. Dr. W. H. G. r a m, warm befürwortet wurde, zu Fall gebracht. Die Freiwilligen, die in Lübeck bereits früher die politische Gleichberechtigung der Frau zu verhindern bemüht waren, haben mit ihrem neuerlichen Streich, der sich gegen die berufliche Gleichberechtigung der Frau richtete, gezeigt, daß sie würdige Helfershelfer der Reaktion sind. In ihrem Lokalblätchen zeternten sie dann obendrein noch über den „Feminismus“, der sich immer mehr ausbreite. **Retze Fortkrieger!**

Bom Jauft-Jopf.

Die Jammungstrauterei mit allem zophigen Drum und Dran beginnt sich nun auch in die Frauenberufe zu schleichen. So berichtet das Blatt „Die Wobistin“, daß die Justizbürger Handwerkskammer eine „Gehlfinnen- und Meisterprüfungsvorordnung“ für das Bugmacher-

gewerbe des Justizbürger Bezirks erlassen hat. Heiliger Drama!

Die „Versöhnungs“-Bill.

Die vor nicht langer Zeit gegründete People's Suffrage Federation (Volkswahlrechtsvereinigung) forderte ursprünglich das Stimmrecht für alle Männer und Frauen, die sich über einen kurzen Aufenthalt an einem Orte ausweisen können. Die Federation besaß denn auch starken Zuspruch aus proletarischen Kreisen. Bekannte Genossen und Genossinnen traten ihr bei, Ausschüsse und Zweigvereine von Arbeiterinnenorganisationen, Gewerkschaften, Abteilungen der Independent Labour Party schlossen sich ihr an. Der Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Wahlrecht aller Großjährigen) wurden durch die neue Stimmrechtsorganisation eine ganze Reihe ihrer tüchtigsten Vorämpfer entzogen. Als die Adult Suffrage Society es ablehnte, sich der Federation anzuschließen, weil diese sich nicht genügend über ihre Haltung gegenüber dem beschränkten Frauenwahlrecht geäußert hatte, warf man ihr vor, daß sie nicht zu der Armee gehöre, wo die „großen Kanonen“ wären. Nun, das Pulver dieser „großen Kanonen“ ist feucht geworden und sie waren überdies mit „Versöhnungs“-geschossen geladen, die sich sehr klar gezeigt hat. Vor der zweiten Lesung der „Versöhnungs“-Bill beschloß die Federation, diese mit allen Mitteln zu unterstützen. Nun trat ihre Bestimmung unerwartet zutage. In einem langen Artikel der „Justice“ stellt unsere Genossin Dora S. Montefiore fest, daß die People's Suffrage Federation von vornherein im Dienste der antimoderatistischen bürgerlichen Stimmrechtsorganisationen stand und von ihnen gegründet wurde, um auf krummen Wegen und mit faulen Mitteln zu erreichen, was sonst nicht in dem gewünschten Maße zu erreichen war, nämlich die Zersplitterung der konsequent demokratischen Stimmrechtsbewegung in der U. S. S. Genossin Montefiore ist eine gute Kennerin der Women's Social and Political Union, der Organisation der sogenannten Suffragettes. Sie war einmala Mitglied derselben, bis sie sich von dem Suffragettes trennte, um ihre Kraft in den Dienst der Adult Suffrage Society zu stellen, deren Sekretärin sie ist. Genossin Montefiore schildert in dem erwähnten Artikel ausführlich den Werdegang der W. S. P. U., die anfänglich stark und erfolgreich mit den Proletarierinnen liebte. So stellen die ersten Mitglieder der Arbeiterinnen bar, die mit erhabenen nackten Armen oder mit in Tücher geküllten Kindern das Stimmrecht forderten. Aber bald änderte sich das Bild; die Arbeiterinnen des East End wurden in den Vordergrund gehoben, die alten Mitglieder der Arbeiterinnen wurden mehr bürgerlichen Typus. Man brauchte Geld, und da Geld nur bei der Bourgeoisie und Aristokratie zu haben war, mußten diese Klassen gewonnen und „berührt“ werden, sollte es was es wolle. Nun ist diesen Klassen keine Farbe mehr verbohrt als die rote, und das Wort Sozialismus ist ein großes Verhängnis für sie. Deshalb lehnt man, daß, wer der W. S. P. U. angehöre, seine bisherige politische Partei zu verlassen und seiner Partei anzugehören habe. Dieser Beschluß war auf die Sozialisten gemünzt, und viele, nur zu viele der sozialistischen Frauen gaben dem Druck nach und verließen ihre Organisationen, während die, welche es nicht taten, die W. S. P. U. verließen. Nach demokratischen Anfängen kam die Bewegung der Suffragettes schließlich dazu, das Stimmrecht zu fordern unter denselben Bedingungen, unter denen die Männer es zuerzählen. Das bedeutet, da in England nach dem geltenden, an 17 verschiedene Eigentums- oder Beschaftigungsbedingungen gebundenen Wahlrecht 40 Proz. aller Männer der politischen Rechte beraubt sind, zum Prozentwahlrecht das Frauenwahlrecht. Wie die Suffragettes sich dann mit aller Macht für die Bill Dr. Chadwick's ansetzt und mit der People's Suffrage Federation dabei als Vorwonn benutzten, ist vorläufig ihre letzte Aktion in dem unruhlichen „Versöhnungs“-Feldzug. Daß hieran, wie bekannt, auch Arbeitervertreter teilnahmen, alle Prinzipien in den Wind schlügen und sich auf die Seite der reaktionärsten Frauenradikalerinnen stellten, ist tief bedauerlich. „Ein solches Verhalten“, sagt Genossin Montefiore, „kann schon nicht mehr Opportunismus genannt werden. Von seiten der 80 Arbeiterabgeordneten, die für die Bill stimmten, nachdem sie sich auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei verpflichtet hatten, nichts anderes als das Wahlrecht für alle großjährigen Männer und Frauen zu fordern, war es einfacher Verrat an den Arbeitern, die sie in das Parlament sandten, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Diese Interessen können nicht in der Richtung liegen, daß die Macht des Besitzes gestärkt wird.“

Die Adult Suffrage Society wird fortfahren, Schuller an Schuller mit den politisch entrechteten Männern den schwierigen Kampf gegen die Feinde des demokratischen Wahlrechts nach außen zu führen und in den sozialistischen Organisationen für die so notwendige prinzipielle Klärung und Festigung der Ansichten zu wirken, damit in Zukunft eine so heillose Begriffsverwirrung, wie sie bei der „Versöhnungs“-Bill zutage getreten, unmöglich ist. Es kann keine Versöhnung im Klassenkampf geben — weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiete —, die nicht zum Schaden der Arbeiterklasse wäre.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Sonntag, den 31. Juli, Familienausflug nach Rovenstein. Treffpunkt: 9 Uhr Schlosslicher Bahnhof. Abfahrt 9.14 bis Kirchhagen. Für Nachzügler Ravensteiner Mühle.

Vermischtes.

Die Wunderkraft des „heiligen Antonius“.

Folgendes Brief eines „römischen Mönchs“ veröffentlicht das „Echo des Crottes de St. Antoine de Padoue“ zum Beweise der „ungeminderten Wunderkraft des heiligen Antonius“:

Ich hatte bei meiner Abreise einen Teil meines Breviers verloren und konnte denselben, als ich in das Kloster zurückkehrte, trotz eifriger Suchens nicht wiederfinden. Ich rief darauf den heiligen Antonius an und ließ ihn auch durch andere fromme Seelen anfehen, er blieb aber allen diesen Anrufen gegenüber taub. In meiner Verzweiflung kam ich auf den Gedanken, den guten Heiligen nach meiner Art zu bestrafen. Ein kleines Standbild des Heiligen auf meinem Arbeitstische wurde gegen die Wand gelehrt und die Ursache dieser Unzufriedenheit jedem erzählt, der sie anfehen wollte. Wenigstens konnte ich so die Hoffnung hegen, daß die Furcht, seinen weltbekannten Ruf als Wiederfinder verlorener Gegenstände einzubüßen, auf den wunderwürdigen Heiligen eine tiefe Wirkung hervorbringen werde. Aber auch darin täuschte ich mich; es verstrichen neue Wochen, ohne daß ich eine Antwort erhielt. Gegen den 17. Dezember stellte ich dem Heiligen ein Ultimatum und drohte ihm, daß ich, wenn er mir nicht bis zum Abend des 1. Jänner Nachrichten bezüglich meines Breviers zukommen lassen würde, in Ihrem Platte ein formelles Dementi bezüglich des unerschütterlichen Vertrauens veröffentlichten würde, das ich bis dahin mit allen Gläubigen auf die Macht des heiligen Antonius gesetzt hatte! . . . Wer war nun der Gefappte? Ihr ergebener Diener und zwar auf eine ganz erschrockene Weise. Am Abend des 1. Jänner, also kurz vor Ablauf des Ultimatum, stattete mir einer meiner Kollegen, der oft seit der Bestrafung, die ich dem Heiligen auferlegte, zu mir gekommen war, einen kleinen Besuch ab, um von Familienangelegenheiten mit mir zu sprechen. Ich rief ihm dringend, sich aus den oben auseinandergesetzten Gründen nicht etwa an den heiligen Antonius zu wenden. Kaum hatte ich meine Anklage beendet, als der Kollege ausrief: „Wie? Sie sahen ein Brevier? . . . Es liegt ja eins in dem Schranke des oberen Saales, in den nie jemand hineingeht.“ — Ich ließ mir den Ort beschreiben und konnte mich des Verdachtes nicht erwehren, daß ich wegen meines Mißtrauens so bestraft werden sollte, wie die Heiligen zu strafen pflegen,

nämlich durch Wiederfinden des langgesuchten Breviers. Mein Kollege ging selbst hinauf, um es zu suchen; es war wirklich das selbe, das ich so lange vermisst hatte. . . . Das Ultimatum hatte gewirkt, der heilige Antonius zählte einen Sieg mehr und ich stellte ihn sofort auf seinen Ehrenplatz zurück.

Kirchliche Trauungen auf Abzahlung.

hatte vor einiger Zeit ein schottischer Geistlicher eingeführt, weil die heiratstüchtigen Mitglieder seiner Gemeinde die Traugebühren als eine zu hohe und überflüssige Ausgabe zu betrachten begannen. Als diese Reuerung auch nicht viel half, erbot sich der geistliche Herr, die kirchliche Trauung fortan zu herabgesetzten Preisen vorzunehmen, mit welchem Erfolg, ist bisher nicht bekannt geworden. Uebrigens folgt auch die englische und amerikanische Geistlichkeit dem Zuge der Zeit und empfiehlt sich und ihre Kirchen nebst Preisangaben dem Publikum in öffentlichen Anschlägen. So erstarrte man durch eine Bekanntmachung an der Londoner St. Johanneskirche in der Waterloo Road, daß ein Aufgebot mit 1 M., eine Trauung durch besondere Genehmigung und Trauzugnisse mit 21 M. 8 Pf. und die einfache Trauung durch Aufgebot mit 9 M. 80 Pf. berechnet wird. An einer anderen Kirche des Londoner Stadtteils Vermondsey war kürzlich folgende Ankündigung zu lesen: „Gehraten Sie? Dann laden wir Sie ein, Ihre eigene, schöne St. Crispin's-Kirche zu besuchen! Das ist die schönste Kirche für eine Trauung! Es ist zu Ihrem Vorteil, wenn Sie kommen!“

In Amerika sind die Pastoren selten um äußerliche Mittel verlegen, wenn es sich darum handelt, dem p. t. Publikum ihre Kirchen in wohlgeleiteter Erinnerung zu bringen. In Wisconsin ließ der Geistliche zum Sonntag alle verfügbaren Räume der Stadt mit Nischenplakaten besetzen. Darauf stand zu lesen, daß jeder Kirchensucher nach dem Gottesdienst mit Tee und Kuchen regaliert werden würde. Natürlich war die Kirche mit Besuchern dicht gefüllt.

Auf eine ähnliche, aber weit genialere Idee, seine Kirche mit „Gläubigen“ zu füllen, verfiel der Pastor der Methodistenkirche in Jersey Shore, der Reverend Dr. Carnes. Er veröffentlichte in mehreren Zeitungen eine Bekanntmachung, nach welcher ein reichlicher Mann der Kirche einen großen Geldbetrag gespendet habe. Dieser Betrag sollte unter den Besuchern des morgentlichen Gottesdienstes verteilt werden. Der Hoge Gottesmann hatte sich nicht getäuscht. Seine Kirche war am Sonntagmorgen das Ziel zahlloser „frommer“ Leute, die bereits in grauer Morgendämmerung die Kirche in großen Scharen umlagerten und sich am Eingang mit Strelchen und Klauen die Zeit vertrieben, so daß eine starke Polizeimacht diese Kirchensucher in Ordnung halten mußte. Die wenigen Gläubigen aber, die in das Innere der Kirche gelangten, erhielten von dem wackeren Pastor ihren vollen, ungeschmälernten Anteil, nämlich 5 Cent = 20 Pf. pro Person.

Kleine Notizen.

Der Heiliger. Gestern ist zu dem Vermögen der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft G. m. b. H. in Liquidation in Dresden das Konkursverfahren eröffnet worden. Diese Genossenschaft wollte wiederholt Schiffschiffe mit Flugmaschinen in Ägypten bei Dresden veranstalten, hat aber nicht einen einzigen Flug ausgeführt, trotzdem Tausende von Menschen auf die Ankündigungen hin auf den Flugplatz hinausgelaufen waren. Es kam deshalb damals zu wiederholten Tumulten.

14 Personen an Vergiftung gestorben. Aus Kairo meldet und ein Telegramm: In der Ortschaft Deltina sind infolge Genußes vergifteter Halbfisch 14 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt und noch in den Abendstunden gestorben. Man führt die Vergiftung auf den Rauchaakt eines Verwandten zurück. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Eine verheerende Feuersbrunst ist in einem großen Lagerdepot bei Warschau ausgebrochen und hat infolge des starken Windes schnell einen großen Umfang angenommen. Die Feuerwehren der gesamten Umgebung sind an dem Rettungswerke beteiligt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen.

In Belfast (England) zerstörte vergangene Nacht eine Feuersbrunst ein Hotel. Das Feuer brach so plötzlich aus, daß sich noch mehrere Familien nur mit Mühe retten konnten. Drei Personen sind in den Flammen umgekommen, fünf schwer verletzt.

Typhus in Straßburg. In der Straßburger Garnison sind in den letzten Tagen verschiedene Typhusfälle vorgekommen. Die Militärärztabteilungen sind geschlossen worden, doch sind bisher nur vereinzelte Krankheitsfälle zu verzeichnen gewesen.

Drei Soldaten ertrunken. Nach einer Weibung aus Kaiserlautern sind beim Ueberfahren mit einem Floß drei Soldaten des 22. Infanterieregiments aus Zwickbrücken im Schwarzbach ertrunken.

Erordnung eines Bürgermeisters. Der Bürgermeister von Abwegen namens Gaunian ist, einer Weibung aus New York zufolge, gestern Abend durch eine Dynamitbombe, die unter seine Hängeballe gelegt worden war, ermordet worden.

Ein tschechischer Wärsierer. Der katholische Ausschüßkaplan, Vater Ambros in Ghobau bei Karlsbad, der Organisator der dortigen tschechischen christlichsozialen Partei, ist nach Verübung verschiedener Unterhaltungen nach Amerika durchgegangen.

Unwetter. In Siebenbürgen sind in der Umgebung der Stadt Dees infolge heftiger Stürme und Wolkenschläge, die große Verheerungen anrichteten, 25 Menschen umgekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Das Leben und die Abenteuer des Armen Monned in Todenburg. Mit einer Einführung von Adolf Wilbrandt. Preis 250 M. — Verfaßlichkeiten. Biographisch-literarische Essays von Ludwig Speldel, 350 Seiten. Verlag von Reber u. Bessen, Berlin SW. 11.

Lübecker Wanderbuch durch die Mark Brandenburg. Bearbeitet von Georg Hegeleit. II. Teil. Schlesische Buch- u. Drucker-Verlagsgesellschaft. Preis 1 M. Verlag „Modern“, Hr. Lübeck, Döhl-Blumenstraße, Kaiserplatz 4.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde haben Vindenkrahe Nr. 68, vor. hier Treppen — 7. 8. 11. —, wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags hatt. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Briefkasten beizulegen. Briefliche Antwort wird nicht erzeit. Gütige Fragen stange man in der Ehrenrunde vor.

G. M. 100. 1. Ihre Frau ist zur Zahlung der Kirchensteuer für das Kalenderjahr 1910 mit 120 M. verpflichtet. Wegen des zu viel berechneten Betrages muß reklamiert werden. Mit Ende dieses Jahres hört die Steuerpflicht auf. 2. Raum. 3. Bestreitung muß beantragt werden. 4. 200 Mark bei Jubiläumsfeier, wenn mindestens 100 Mark auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sind, sonst 500 Mark, bei Altersrente 1000 Mark. Die Länge der Wartzeit ist für diejenigen herabgesetzt, die zurzeit, als die Versicherungspflicht für ihren Beruf in Kraft trat, das 40. Lebensjahr vollendet hatten. Sie müssen aber während der letzten 3 Jahre vor dem Antrittsdirektionsberufsmäßig, wenn auch nicht ununterbrochen, beschäftigt gewesen sein. — M. 126. 3. Proj. — Anreizplan. Rezept überlehen wir nicht. — M. 9. 1. und 2. Ihre Frau und deren Cousine beantragen am zweckmäßigsten bei dem Landgericht Neu-Ruppin den Erlass eines einstweiligen Verfügungs auf Herausgabe des Hypothekendruckes. Der Antrag muß von einem beim Landgericht Neu-Ruppin zugelassenen Rechtsanwalt gestellt werden. 3. Nein. Der Hypothekendruck ist zur Umschreibung nötig. 4. Ihre Frau kann Anrechnung und Begleichung der Besitze verlangen. — M. 9. 17. 1. In drei Jahren. 2. Ja. 3. Sofern der regelmäßige Lohn 28.80 M. wöchentlich übersteigt. — M. 12. Die Vertragspflicht tritt in einem solchen Falle für die Dauer von sechs Wochen (30 Krankentage) ein. — M. 9. 20. 1. Für Berechnung der Rente ist das vom Grobgericht festzusetzende Objekt maßgebend. 2. Die Klage muß durch einen Rechtsanwalt erhoben werden. 3. Ja. — S. S. 1. Ja. 2. Bei

etner regelmäßigen Entbindung 15 M., für jeden Besuch 1-3 M. — C. S. 001. Die Buchhandlung Vorwärts liefert auf Bestellung ein passendes Büchlein für 30 M. — W. R. M. S. 14 (ein Buchhabe hätte auch genügt). 1. und 2. Ja. — G. M. 54. 1. Infolge verspäteter Anmeldung hat die Vorortgemeinde auch Anspruch auf Zahlung der Gemeindesteuern. 2. 15-30 M. — M. 59. 1. Rein. 2. Ja. — G. S. 100. Ihre Mutter hat das Recht, auch von Ihrem Bruder einen Unterhaltsbeitrag zu verlangen. — M. R. 27. Die betreffende Gesehensvorschrift stellt unserm Erachtens zwingendes Recht dar. Leider stehen verschiedene Kammeren des hiesigen Kaufmannsgerichts auf einem anderen Standpunkt.

Verfügen Sie es mit einer Klage und betonen Sie den Umstand, daß Sie zu der Unterschrift gezwungen worden sind. — R. G. 29. 1. Rätten wir nicht empfehlen. 2. und 3. Ihre Schwester kann bei Nichterfüllung verklagt werden. Für den Fall der Kündigung sind die statutarischen Bestimmungen zu beachten. — G. 23. 543. 1. und 2. Rein. 3. Ja.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Robert Behrens** am 24. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiters Krankenhaus aus nach dem Sions-Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer **Herm. Grünberger** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.
70/7

Dauftagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Jakob Block
sagen allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
1908
Anna Block nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Karl Schreiter** am 25. Juli an Unterleibsleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stummelburger Kirchhofes in Nummersburg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
118/3 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
Für die aufrichtige Teilnahme und vielen Kräftigungen bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Marta Barlösius
sage ich allen Verwandten, und Bekannten, dem Gesangsverein „Alpen- glode“, den Kollegen des „Alpen- leiter“ der Brauerei Bayernhofer NO., den Genossen und Genossinnen des 387. Bezirks, Teil I, ferner den Mitgliedern des Hauses Wilhelm-Stolze-Str. 21, insbesondere der Firma R. Richter u. Co. meinen herzlichsten Dank.
Georg Barlösius
nebst Kindern.
2850

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zwilcher **Max Papke** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
189/19 Der Vorstand.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren- Straße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andraasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegantesten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Weisst Du wo?
Jetzt die schicksten
Kostüme, Paletots, Mäntel, Kleider, Röcke, Blusen, Pelerinen, Kimonos etc.
für jeden nur irgend annehmbaren Preis verkauft werden!

Westmann
Bel **Mohrenstrasse 37a** (nahe Jerusalemer Straße)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andraasstrasse)

Veranschaulichte Beispiele:
früher zum Teil bis M. 40.— jetzt zum Teil nur M. 7½.—
früher zum Teil bis M. 60.— jetzt zum Teil nur M. 12.—
früher zum Teil bis M. 80.— jetzt zum Teil nur M. 18.—
früher zum Teil bis M. 100.— jetzt zum Teil nur M. 22.—
früher zum Teil bis M. 140.— jetzt zum Teil nur M. 28.—
früher zum Teil bis M. 180.— jetzt zum Teil nur M. 36.—
früher zum Teil bis M. 220.— jetzt zum Teil nur M. 44.—
früher zum Teil bis M. 280.— jetzt zum Teil nur M. 52.—

Hochelegante, hochmoderne
Herbstmodelle zu Sommerpreisen!
Beide Geschäfte werden jetzt **bedeutend vergrößert!**

Die schicksten **Kostüme v. M. 20.— an!**



POTS DAMEN-STRASSE 10, 11 und 13 **W. WERTHEIM** GMBH FRIEDRICHSTR. 110/112 Passage Kaufhaus

85 Pfennig	1 Mark 50	2 Mark 50	3 Mark 50
<p>1 Bluse aus bedruckter Kretonne, mit heller Bordüre</p> <p>1 elegante Untertaille</p> <p>1 Kinder-Hänger in verschiedenen Größen</p> <p>1 Knabenschürze in verschiedenen Größen</p> <p>1 Kindersweater Baumwolle</p> <p>3 Herrenkragen vierfach</p> <p>1 Frottierhandtuch gute Qualität</p> <p>1 Orenburger Schal Imitation</p> <p>1 Bettvorleger</p> <p>1 Knaben-Filzhut</p> <p>1 Brotkorb zusammen</p> <p>1 Salzstreuer } 85 Pf.</p> <p>1 Pfefferstreuer }</p> <p>6 Porzellan-Tassen mit Untertassen</p> <p>1 Likör-Service Metallblech, Flasche und 4 Gläser</p> <p>1 elegant. Frühstückskorb Metall</p> <p>1 Metall-Tafelaufsatz mit Glas-Einlage</p> <p>100 Bg., 100 Umschl. Überseepost</p> <p>1 Kassette Royal 25 Bogen und 25 gefüllte Umschläge</p> <p>1 Wellkrepläufer mit 25 Servietten</p> <p>1 Flasche franz. Parfüm verschied. Gerüche</p> <p>1 Schallplatte doppelseitig bespielt</p>	<p>1 Bluse aus weißem Batist, mit reich besticktem Vorderteil</p> <p>1 Schürzenkleid mit Schürze</p> <p>1 Miederschürze mit Volant</p> <p>1 Damen-Taghemd elegant gerollt</p> <p>1 Damen-Hemd hose fein gerippt, m. Spitzenansatz</p> <p>1 Herren-Filzhut weich</p> <p>1 Hutkarton 50 cm groß</p> <p>1 Badezeugtasche</p> <p>1 Flasche Eau de Cologne ca. 1/2 Liter</p> <p>1 Flasche französ. Kopfwasser</p> <p>1 Wachstuchgarnitur bestehend aus 1 Tischdecke, 1 Bissettecke, 1 Schrankstreifen, 1 Eimerwanddecke, 1 Leinwandhose, 1 Stück Kante</p> <p>6 Eßbestecke</p> <p>1 Ausklopfer zusammen</p> <p>1 Teppichhandfeg. } 1.50</p> <p>1 Wedel, 1 Leder }</p> <p>1 Wage und 1 Pfeffermühle</p> <p>1 Menage 2teilig zusammen</p> <p>1 Senftopf } 1.50</p> <p>1 Butterdose }</p> <p>2 Teeglashalt. u. 1 Teebüchse</p> <p>1 Geflügelschere</p>	<p>1 Hemdbluse aus imitiertem Leinen oder gestreift. Zephr., mit Falten-Vorderteil</p> <p>1 Jupon aus imitiertem Leinen, m. hohem gebrochtem Volant und Bordüre</p> <p>1 Jabot in elegantester Ausführung</p> <p>1 Velours-Echarpe reine Wolle, ca. 110x160 cm groß</p> <p>1 Tischtuch Reinleinen, 130x130 cm</p> <p>6 Jacquard-Servietten</p> <p>1 Phantasie-Tischdecke</p> <p>1 Liberty-Kissen waschbar, für Garten und Balkon</p> <p>1 Fußkissen Tournai-Velours-Baum</p> <p>1 Herrenhut weich, Prima-Wollfilz</p> <p>1 Herrenhut steif, Haarfilz</p> <p>1 Herren-Nachthemd mit Besatz</p> <p>1 Paar Damen-Glacé Prima-Ziegenleder</p> <p>1 Paar Herren-Glacé echt Nappa, sehr haltbar</p> <p>1 Flasche französ. Parfüm</p> <p>1 Fleischhackemasch. zusammen</p> <p>1 Reibemaschine } 2.50</p> <p>1 Roßhaarbesen mit Stiel } zusammen</p> <p>1 Roßhaarhandfeg. } 2.50</p> <p>1 Straußenwedel }</p> <p>1 Reisestulpkarton ca. 70 cm groß</p> <p>1 Rucksack</p>	<p>1 Blusenhemd aus imitiert. Batiste, in sparten Farbessenzusammensetzungen</p> <p>1 Damen-Directoire-Beinkleid für</p> <p>1 Paar Damenstrümpfe Tramsoid, extrafein</p> <p>6 Taschentücher Kretonne, mit handgesticktem Monogram</p> <p>1 Jupon aus Satin oder imitiert. Leinen, mit hohem Volant und Rüsche</p> <p>12 Paar Manschetten 4fach</p> <p>1 orientalische Tischdecke Prima-Qual.</p> <p>1 Pointlace-Läufer 30x120 cm</p> <p>1 Pointlace-Decke 60x60 cm</p> <p>1 Badeteppich</p> <p>1 Flasche Liberty-Parfüm</p> <p>1 Barometer mit Thermometer</p> <p>1 Handtasche für Damen, ganz aus Leder</p> <p>1 Besen mit Stiel zusammen</p> <p>1 Handfeger } 3.50</p> <p>1 Schrubber mit Stiel } zusammen</p> <p>2 Scheuertücher } 3.50</p> <p>1 Eimer }</p> <p>1 Müllschaufel } 3.50</p> <p>1 Kaffeemühle }</p> <p>1 Tablett, 1 Sieb } 3.50</p> <p>1 Brotkorb, 1 Lot }</p>

Mittwoch und Donnerstag **LEBENSMITTEL** Soweit der Vorrat reicht

Alg.-Weintrauben Klasse von 5½ bis 6 Pfund 1.70	Junge Tauben Paar 80 Pf., 1.15	Zerelat u. Salami in Pfund 1.30
Italienische Pfirsiche Pfd. 25 Pf.	Jg. Hühner Stück 45, 80 Pf., 1.20	Sülzwurst Pfund 65 Pf.
Eß-Birnen Pfund 14 Pf.	Jg. Enten Stück 1.75, 2.25, 2.70	Nußschinken Pfund 1.20
Pfefferlinge Pfund 14 Pf.	Lebende Aale Pfund 80 Pf., 1.05	Hammelkeule Pfund 85 und 90 Pf.
Wirsingkohl 3 Kopf 10 Pf.	Schollen große Pfund 17 Pf.	Eisbeine Pfund 35 Pf.
Grüne Bohnen 3 Pfund 10 Pf.	Kabeljau ohne Kopf, im Ganzen Pfund 12 Pf., in Ausschnitt Pfund 16 Pf.	Schweineschmalz gewürzt, Pfund 75 Pf.

Ein Waggon Ungarische Pflaumen in Originalkörben von 15 bis 20 Pfd., das Pfund brutto **7 Pf.**

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis! Am Sonnabend, den 30. Juli, findet in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108-114, das Sommerfest des Wahlvereins statt.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Restaurant Witwe Lerche, Friedrichstr. 112, unsere Mitgliederversammlung statt.

Lankwitz. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute (Mittwoch) abend 8 1/2 Uhr bei Ebel, Mühlenstraße, statt.

Esmer-Vollersdorf. Mittwoch, den 27. d. M., Leses- und Diskussionsabend.

Berliner Nachrichten.

Dienstboten als Witzobjekt.

Die Dienstboten bilden bekanntlich für bürgerliche Schriftsteller eine unerschöpfliche Quelle für geistreich-witzelnde Blandereien und dergleichen. Da werden Karikaturen in größter Verzerrung entworfen, Ausnahmefälle für typisch erklärt, kleine Schwächen, Puffsucht, Unwissenheit, Klatschsucht usw. dem ganzen Stande zugeschrieben, und wenn man diesen Herren glauben könnte, würden alle Dienstboten ein Vermögen allein von „Schmugroschen“ zusammenraffen.

Wer nun unsere Berliner Dienstmädchen kennt und sie näher zu beobachten Gelegenheit hat, muß bei der Vorführung dieser grotesken Gestalten in dem erwähnten Roman den Kopf schütteln. Dort, wo der Verfasser zu Hause ist, hat er gut gezeichnet, so die Herrschaften. Die Dienstboten aber scheint er nur aus den klischeemäßig fabrizierten Blandereien seiner Kollegen zu kennen. Wir raten dem Herrn und auch seinen gleichwertigen Kollegen, einmal oder öfter eine der von dem Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands einberufenen Versammlungen oder arrangierten Festlichkeiten zu besuchen, er bezwe, sie werden erstaunt sein, welche verzerrte Urteil sie sich bisher von den ständigen Objekten ihres Witzes gemacht haben.

So ähnlich, wie man sich einen Subalter unterster Klasse vorstellt. Ein Kerl mit einem Stiernasen, auf dem struppigen Kopfe eine charakteristische Mütze und Knäpffuch, mit brutalem, stierem Blick, rauhem Tonfall in der Stimme und einer Sprache, die mit dem Verbrechergargon vollkommen identisch ist. — Alles Mißfabe, und zwar recht altes. Nicht nur, daß die Schlächtergefellen und obendrein die aus dem vornehmen Westen nicht in solchem Aufzuge geben, sondern in ihrer blauenweißen Jacke mit dito Schürze sich sehr adrett ausnehmen, auch die Mädchen würden sich für solche Wasser-männische Gestalten bedanken.

Alt-Berliner Biergesehe. Die Verordnungen, die das Bierbrauen und Trinken in Berlin regeln, sind nicht erst der neuesten Zeit eigen; es gab solche schon im alten Berlin, denn damals war die Biergerechtigkeit ein wichtiges Privilegium.

bereits 1319 verbrieft worden, und es heißt in der Urkunde: „Kein Bauer, der auf dem Lande wohnt, darf Bier brauen, außer zu seinem eigenen Bedarf.“ Verordnungen von 1334 und 1399 befaßten sich mit dem Bierauschank und mit den Strafen, die Birte und Gäste treffen, sobald sie die Polizeistunde überschreiten.

Auskunft über Kranke darf von den behandelnden Ärzten nur denjenigen Personen ohne weiteres gegeben werden, die zur Einholung solcher Auskünfte befugt sind. Die Ärzte sind durch Geheimschweigerpflicht gebunden, gegenüber Unbefugten ihr Berufsgeheimnis zu wahren, und die Verletzung dieser Pflicht ist strafbar.

Die Frage, wie weit Krankenhausärzte sich auf eine Schweigepflicht berufen sollen bezw. dürfen, verdient in der Tat eine öffentliche Erörterung. Uns interessiert sie auch im Hinblick auf ein anderes Vorkommnis, das allerdings nicht auf dem Gebiet der „Herrschaftsforge“ um ein krankes Dienstmädchen liegt.

Die Frage, wie weit Krankenhausärzte sich auf eine Schweigepflicht berufen sollen bezw. dürfen, verdient in der Tat eine öffentliche Erörterung. Uns interessiert sie auch im Hinblick auf ein anderes Vorkommnis, das allerdings nicht auf dem Gebiet der „Herrschaftsforge“ um ein krankes Dienstmädchen liegt.

Rassenproteste gegen die Berliner Ortspolizei. Der Nachbarort für Berlin und die Vororte weist eine große Reihe arger Ungerechtigkeiten und Härten auf, die abzustellen die Reichspostverwaltung sich bisher beharrlich weigerte.

müssen nicht nur die fehlenden 5 Pf. nachzahlen, sondern außerdem noch 10 Pf. Straporto. Hierin liegt eine besondere Härte. Weiter soll in den Petitionen darauf hingewiesen werden, daß die jetzige Tarifteilung die sonderbarsten Zustände gezeitigt habe.

In der Säuglingsfürsorge I. Blumenstr. 78, findet im August wöchentlich einmal Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt.

Christliche Liebe.

In Nr. 30 des „Sonntagsblattes für Alle“ vom 24. Juli befindet sich unter anderem auch ein Artikel „Gott ist die Liebe“ betitelt, in dem der folgende Passus zu lesen ist:

„Fragen wir noch, wie lang, wie breit diese Liebe ist — o hört: „Also hat Gott die Welt geliebet!“ Seine Liebe reicht vom fernsten Norden bis zum fernsten Süden, vom fernsten Osten bis zum fernsten Westen. Die Schwarzen, wie die Weißen und die Rothhäute — alle, ohne Ausnahme, sind mit uns eingeschlossen in das Liebesbarmen, in die freie Gnade unseres geliebten Herrn.“

Eine treffliche Illustration hierzu bietet der Bericht über die Tätigkeit eines Missionars, den das kirchliche Organ „Leo“ veröffentlicht und der wie folgt lautet:

„Im Jahre 1882 haben die Rothhäute ihn zum Tode verurteilt, an einen Baum gebunden und schon Feuer angelegt, da hat er sich noch durch eine List gerettet. 1884 haben die Nordamerikaner 284 Rothhäute gefangen genommen, die alle erschossen werden sollten. Der Oberst, ein treuer Katholik (S), ließ dem Missionar sagen, wenn er noch etwas für die Seelen tun könnte, möge er doch kommen. Er erwirkte einen Aufschub der Hinrichtung, und als nach drei Tagen alle genugsam unterrichtet waren, sollte am frühen Morgen das Urteil vollstreckt werden. Die 284 jungen Männer wurden je 10 Schritt auseinander aufgestellt, der Priester trat heran, taufte den ersten, und kaum, daß er sich abgewandt, durchbohrte den Indianer die Kugel, und so ging es, bis alle 284 durch Gottes Gnade und den Heldennut dieses eifrigen Priesters in den Himmel eingingen.“

Es ist doch ein merkwürdig Ding um die christliche Liebe!

Altberliner Aberglaube. In drei Jahrhunderten ist die Jahreszahl 40 verhängnisvoll geworden für die Regierenden aus dem Hause Hohenzollern. Im Jahre 1440 starb Kurfürst Friedrich L., 1640 Kurfürst Georg Wilhelm, 1740 König Friedrich Wilhelm L., 1840 Friedrich Wilhelm III. Letzterem hatte während seiner Pariser Vergnügungsbreife die berüchtigte Venormand das Jahr 1840 als sein Todesjahr bezeichnet, und auch ein Berliner Wahrsager namens Sohn soll dieselbe Prophezeiung ausgesprochen haben.

Die Wahrsagerin, durchweg auf plumpesten Schwindel gegründet, blüht heute noch in deutschen Landen, massenhaft selbst in der „Stadt der Intelligenz“. Auch in den oberen Regionen existiert noch jener Mystizismus, der an die dunklen Zeiten längst vergangener Jahrhunderte erinnert.

Der Bau der „Kaiserbrücke“ unweit Beelitzhof im Grunewald, worüber wir kürzlich berichteten, hat in den beteiligten Gemeinden ziemliche Erregung hervorgerufen. Man bezeichnet diesen Brückenbau, der mit einem Kostenaufwande von rund 25 000 M. ausgeführt und dessen Instandhaltung und Bewachung mit der Zeit große Summen erfordern wird, als gänzlich verfehlt.

Ueberrfahren und getötet wurde gestern der Rentenenmpfänger Heinrich Daniel aus der Sorauerstraße 29. Als der schwerhörige Mann an der Stralauer Allee und an der Caprivistraße den Hochdamm überfahren wollte, hörte er nicht, daß eine elektrische Straßenbahn heranbraute. Er kam unter den Wagen der Linie Schlesischer Bahnhof—Spreetunnel, Teepow, erlitt einen Schulterbruch und einen Oberarmbruch und starb bald infolge der Verletzungen.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag im Zentrum der Stadt ereignet. Auf dem Grundstück Schützenstraße Nr. 15 wird gegenwärtig ein Neubau errichtet. Als gestern nachmittag die Arbeiter mit dem Beiseitigen des Frontgründes beschäftigt waren, fiel ein langes Brett auf die Straße hinab. Unglücklicherweise ging gerade ein unbekannter, etwa 12jähriger Knabe darüber. Das Brett traf ihn am Kopf und zerstückelte diesen fast vollständig. Blutüberströmend brach der Betroffene zusammen. Sterbend wurde das Kind nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Von einem Blutsturz betroffen wurde am Sonnabend ein Arbeiter in der Dunderstraße. Er wurde sofort in einen Hausflur geschafft und die Polizei von dem Vorfall benachrichtigt. Es erschien auch ein Schutzmännchen, der Wache hielt. Nach Verlauf einer Stunde erfolgte durch einen anderen Schutzmännchen Abführung. So vergingen zwei Stunden, ohne daß der Verunglückte weitergeschafft wurde. Anfanglich war der Mann besinnungslos, er gab aber schließlich seinen Geist auf, ohne daß Hilfe herbeigeholt worden war.

Verhaftung des Räubers vom Postschekamt.

Der langgestrichelte junge Räuber, der vor dem Hauptpostschekamt in der Dorotheenstraße dem Lehrling der Firma Hirschfeld u. Co. in Weihensee durch einen kleinen Zeit 5800 M. entwendete, ist gestern vormittag durch seine eigene Dummheit in die Hände der Kriminalpolizei gefallen. Der Täter ist der fünfzehnjährige alte Fürsorgezögling Adolf Conrad. Seine Latenz sind noch in Erinnerung. Am 8. Juli verübte Conrad den Raubanschlag in der Dorotheenstraße und drei Tage darauf entlockte er dem sechzehn Jahre alten Laufburschen Fritz Weyer an der Ecke der Burg- und Köpenickerstraße seine Legitimationspapiere. Er engagierte den Laufburschen als Kassenboten gegen einen Wochenlohn von 18,50 M. und händigte ihm, um seine Ehrlichkeit zu prüfen, die Summe von 100 M. ein, die Weyer ihm am Abend desselben Tages um 7 Uhr vor dem Zirkus Busch wiederbringen sollte. Fritz Weyer erschien pünktlich, aber wie nicht da war, das war der „Der Kaffierer“. Gestern morgen klingelte es in der Wohnung der Eltern Weyers, die in der Langestr. 17 wohnen. Vor der Tür stand ein junger Mensch, der sich als der „Kaffierer“ vorstellte, der Fritz Weyer einen Hundertmarkschein gegeben habe. Er wolle das Geld wieder haben. Die Wohnung der Weyerschen Eheleute wurde seit mehreren Tagen von Kriminalbeamten unauffällig observiert. Diese wurden von der Anwesenheit des Burschen verständigt, worauf die Festnahme erfolgte.

Nur die 1000 M., die er am 2. Juli dem Lehrling der Firma Epider u. Co. vor dem Postschekamt entwendete, kaufte er in der Brunnenstraße, nachdem er den Tausendmarkschein auf einer Bank in der Prinzenstraße eingewechselt hatte, einen neuen Anzug, Stiefel erstand er in der Danzigerstraße. Mit dem neu erworbenen Kleide ging er dann nach der Jungfernhöhe und zog sich dort in einem Geschäft um. Sein nächster Gedanke war, wie er wieder einen großen Beutezug machen könne. Er nächtigte in verschiedenen Herbergen und verbrachte das Geld auf den Rennbahnen Karlsruh und Heppengarten. Seine Verluste überwogen die Gewinne und nachdem der Tausendmarkschein verbraucht worden war, begab sich Conrad wieder nach dem Hauptpostschekamt, wo er den bekannten Raub von 5800 M. ausführte. Ein neuer Anzug, ein Panamahut, gelbe Stiefel, ein Koffer und die nötige Wäsche wurden gekauft. Dann löste er sich ein Bilet nach Giosio in Italien und dampfte in einem D-Zuge ab. Da er der italienischen Sprache nicht mächtig war, fühlte sich der junge Bursche dort nicht wohl. Er hielt sich nur einen Tag auf und fuhr auf demselben Wege wieder nach Berlin zurück. Er brauchte aber, um weiter sicher leben zu können, eine Legitimation, die er sich dann bei Fritz Weyer verschaffte. Er trat als Willi Weyer auf, wohnte sogar unter diesem Namen in einem Hotel in der Königsgrüner Straße und lebte nach wie vor auf großem Fuße. Conrad besuchte die Rennbahnen und lehrte von dort stets mit einem Automobil nach seinem Hotel zurück. Dann kehrte er sich um und besuchte Varietés und andere Theater. Sein Geld wußte er in einer Vorkassette im Rock getragen haben, aus dem es ihm auf unerklärliche Weise verloren gegangen sei. Jetzt stand er wieder ohne Mittel da. Der Hotelwirt verlangte die Bezahlung der Rechnung. Unter Zurücklassung seines Koffers verschwand Conrad, ohne die Rechnung zu begleichen, und in seiner Not erinnerte er sich der 100 M., die er Fritz Weyer gegeben hatte. Bei dem Versuch, das Geld wiederzuerlangen, ereilte ihn dann sein Schicksal.

Albert Conrad wurde am 2. Oktober 1895 in Berlin geboren; seine Eltern sind tot. Mit elf Jahren wurde er bei einem Diebstahl abgefaßt, nachdem er vorher seinen Eltern Geld weggenommen hatte. Er machte dann andere Dummheiten und kam nach der Fürsorgeanstalt in Groß-Rosen in Schlesien. Dort blieb er ungefähr ein Jahr. Am 10. Mai entwich er aus der Anstalt. Ohne Geldmittel bestieg er einen in Groß-Rosen stehenden Güterzug und fuhr als blinder Passagier nach Berlin.

Befindet sich der Fürsorgezögling erst auf der Flucht, dann geht es mit ihm rapide bergab. Arbeit kann er nicht annehmen, da er keine Papiere hat, bei Angehörigen darf er sich nicht aufhalten, da er Angst haben muß, jeden Augenblick gefaßt zu werden, andererseits die Angehörigen sich auch der Gefahr der Bestrafung wegen Begünstigung aussetzen, leben will aber auch der Gestohlene und so bleibt ihm keine andere Wahl, als zu stehlen oder andere Verbrechen zu begehen. Das geschieht so lange, bis er gefaßt wird. Dann erfolgt Bestrafung. Und so geht es fort...

Eisenbahnschwerden.

Ein Leser schreibt uns: Am 16. d. M. wurde in Spandau der neue Vorortbahnhof eröffnet. In der Arbeiterschaft war man der Ansicht, daß der Preis für Wochenkarten von dort nach Berlin und zurück nicht höher werden würde, und zwar, weil auch auf die Einzelkarten kein Aufschlag erfolgte. Von dieser Ansicht wurde ich luxuriert, als ich am Tage der Eröffnung des Vorortbahnhofs meine Wochenkarte, welche noch vom Hauptbahnhof in Sp. lautete, benutzen wollte. Nun wurde mir gesagt, daß vom Vorortbahnhof der Preis höher sei. Die verlängerte Strecke ist nebenbei bemerkt nur 1,16 Kilometer lang. Recht komisch ist die Berechnung der Wochenkarten nach den einzelnen Stationen zwischen Spandau, Vorortbahnhof und Berlin, Lehrter Bahnhof. So kostet zum Beispiel die Wochenkarte von Spandau, Vorortbahnhof bis Bahnhof Jungfernhöhe 90 Pf.; von Spandau, Hauptbahnhof bis dort 70 Pf.; dagegen vom Vorortbahnhof bis Bahnhof Finkenbrunn 60 Pf., vom Hauptbahnhof 50 Pf. Infolgedessen müssen die Arbeiter, welche bis Jungfernhöhe fahren, 20 Pf., die, welche bis Finkenbrunn fahren, 10 Pf. für die neue Strecke zahlen. Die Arbeiter, welche erstere Strecke benutzen, ersuchen die Kgl. Eisenbahnverwaltung höflich, sich darüber zu äußern, aus welchen Gründen sie diese sonderbare Berechnungsart für die Wochenkarten für die nur kurze Strecke herleitet.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern früh auf der Station Jannowitzbrücke zugetragen. Die 14jährige Tochter Frieda des in Richtenberg wohnenden Feuerwehrmannes Lorenz hatte gegen 1/8 Uhr vom Bahnhof Frankfurter Allee aus einen Koordingzug benutzt, um sich nach ihrer in Berlin belegenen Arbeitsstelle zu begeben. Auf der Station Jannowitzbrücke waren mehrere junge Mädchen, die mit der L. in einem Koupée saßen, ausgestiegen, ohne die Abteile gehörig zu schließen. Bei der Ausfahrt des Zuges legte sich Fräulein Lorenz an die Tür, die plötzlich nachgab, und das junge Mädchen stürzte rücklings auf den Bahnkörper. Sie schlug auf einen Holzstapel auf und blieb blutüberströmend und besinnungslos liegen. Die Verunglückte wurde bald darauf von Bahnbeamten aufgefunden und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der eine schwere Gehirnerschütterung, eine klaffende Kopfwunde und innere Verletzungen feststellte. Nach Anlegung von Notverbanden wurde die Bedauernswerte auf den Wunsch der Eltern in einem Automobil nach ihrer Wohnung übergeführt.

Ein eigenartiger Fund wurde in der Buhlsheide gemacht. In einem Sandloch wurde an verdeckter Stelle ein Jasket aufgefunden, das fast vollständig mit Blut durchtränkt war. In das Kleidungsstück hineingewickelt waren mehrere Legitimationspapiere, die auf den Namen eines unbekannten Selene Danusch, geboren am 20. Dezember 1873 zu Tauern, lauteten. Ferner befand sich unter den Papieren eine schriftliche amtliche Aufforderung, anzu melden sich der Empfänger des Schreibens persönlich in Regel anzumelden habe. Diese Anmeldung ist bisher aber nicht erfolgt. Die Polizei hält es nicht für ausgeschlossen, daß hinter dem rätselhaften Fund ein Verbrechen zu suchen ist.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des 23jährigen Hausmädchens Noeder aus Hefentwinkel gefunden. Vor etwa vierzehn Tagen verschwand die N., und man vermutete, daß die Vermählte das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Gestern wurde nun aus der Oberspreewäldische eine Leiche gelandet, in der das junge Mädchen ermittelt wurde. Bisher konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob hier ein Selbstmord vorliegt, oder ob es sich um einen verhängnisvollen Unglücksfall handelt.

Hydrovergiftung. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr wurde ein unbekanntes Mädchen im Plänterwalde in Treptow von einem Schutzmann aufgefunden. Sie hatte Hydro genommen. Man brachte sie nach dem Krankenhaus Weiskanten, wo sie bald nach ihrer Aufnahme starb. Die Unbekannte ist etwa 18-20 Jahre alt, hat dunkles Haar, ist mittelgroß und trug ein braunes Kleid, einen großen, schwarzen Hut, braune Strümpfe und schwarze Stiefel. Sie hatte eine Visitenkarte mit dem Namen Rohnhaupt bei sich.

Beim Sommerfest des 6. Wahlkreises im Schloß Weihensee sind ein Portemonnaie mit Inhalt sowie einzelne Quinadeln als gefunden abgeliefert worden. Verloren gegangen ist ein Herren- und ein Damenregenschirm. Die Gegenstände sind abzuliefern resp. abzuholen im Bureau des Wahlvereins, Neue Hohestr. 23.

Die Mitglieder des Berliner Volkshaus werden gebeten, zum Zwecke einer dringlichen Besprechung am Freitag, den 20. Juli, im Gewerkschaftshaus zu erscheinen.

Warnung vor einem Schwindler.

Ein etwa 30 Jahre alter, gut mittelgroßer aber schwächlicher Mann, der sich als Lehrer an dem Pädagogium in Jossen ausgab, versuchte von der Ehefrau eines hiesigen zurzeit verzeigten Rektors eine Unterstützung zu erlangen. Da an dem Pädagogium in Jossen jener angehellige Lehrer, der seinen Namen verschwiegen hat, noch den angestellten Ermittlungen nicht beschäftigt ist, handelt es sich offenbar um einen Betrüger. Da dieser vielleicht weitere Schwindelversuche unternimmt, werden wir besonders die Rektoren und Lehrkräfte hierauf aufmerksam. Mitteilungen, die zur Ergreifung des Betrügers dienen können, sind an das Polizei-Präsidium, Abteilung IV, zu richten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Dr. Goldu. Vor einigen Tagen versuchte ein unbekannt gebliebener Herr sich in einer Apotheke ein stark wirkendes Schlafmittel zu beschaffen. Die näheren Umstände lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß der Unbekannte beabsichtigte, einen gefährlichen Unfall mit dem Schlafmittel zu verüben, und daß er seinen Versuch, das Mittel zu erhalten, wiederholen wird. Er benutzte hierzu ein Rezeptblatt mit dem aufgedruckten Kopfe „Dr. Goldu, prakt. Arzt, Lindenstr. 24“. Da ein Dr. Goldu hier nicht existiert, so wäre es wünschenswert, wenn die Firma, die diese Rezeptformulare herstellt, auf die Bestellung genommen hat, sich auf dem nächsten Polizeirevier oder bei dem 6. Bezirke der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium am Alexanderplatz melden würde.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zur Hebung des Gaskonsums beschloß der Charlottenburger Magistrat, die Verlegung des Privat-Gasleitungen nach den vor dem 1. Januar 1900 erbauten Vorderhäusern, bei deren Erbauung Privat-Gasleitungen nicht vorgesehen waren, gegen Übernahme der Hälfte der vollen Kosten durch die Gasanstaltsverwaltung und die Ausführung der Steigleitungen zu Selbstkostenpreisen zu genehmigen. Die Vergünstigung bestand bisher nur für die vor dem Jahre 1900 erbauten Hinterhäuser.

Rixdorf.

Einem umfangreichen Handel mit Fleisch von erkrankten Tieren ist die Polizei in Rixdorf auf die Spur gekommen. Schon seit längerer Zeit hatte die Kriminalpolizei die Vermutung, daß von Rixdorf aus minderwertiges Fleisch, besonders Fleisch von Kühen, die krank waren, nach Berlin und anderen Vororten in den Verkehr gebracht wurde, nachdem es zuvor mit nachgeahmten Stempeln versehen worden war. Es wurden eine Anzahl von verdächtigen Schlächtern observiert und schließlich ermittelt, daß der Schlächter Max Plessow aus der Wendastraße 8 in Rixdorf mit ganzen Vierteln handelte. Als er gestern morgen wieder nach Berlin mit Fleisch fahren wollte, folgten ihm einige Kriminalbeamte. Als er bemerkte, daß er verfolgt wurde, peitschte er auf das Pferd ein und fuhr in vollem Trab davon. Er wurde später festgenommen, hatte aber kein Fleisch mehr auf dem Wagen. Er behauptete, er hätte vier Viertel kranken Kuhfleisches von der Oberbaumbrücke in die Spree geworfen. Schließlich räumte er ein, daß er die vier Viertel, die unabgestempelt und nicht von einem Arzt untersucht worden waren, in der Privatmarkthalle in der Dirschstraße für den geringen Preis von 50 M. verkauft habe. Er selbst will das kranke Tier von einem unbekanntem Mann in der Nähe des Lehrter Bahnhofes gekauft haben. Es scheinen noch eine Reihe anderer Schlächter mit kranken Vieh diesen Handel zu betreiben. Plessow wurde in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Der Dreher Emil Spann, Warthestraße 60, bittet uns unter Hinweis auf die gestrige den Maschinenarbeiter Richard Spann betreffende Notiz um die Mitteilung, daß er mit dem legeren nicht identisch ist. Emil Spann ist Kassierer der Kranken- und Sterbefälle der Wagenbauer in Rixdorf, während Richard Spann Bevollmächtigter war. Kassengelder der genannten Kasse sind nicht unterzulegen.

Wilmerdorf-Halensee.

Bei der Verlosung auf dem am 23. Juli abgehaltenen Sommerfest sind die auf folgende Nummern gefallenen Gewinne nicht abgeholt worden: 3, 74, 205, 293, 303, 308.

Der Vorstand.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Weil der derzeitige Gemeindevorsteher am 1. Oktober aus dem Gemeindedienst scheidet, hat die Baukommission eine sofortige Ausschreibung dieser Stelle für nötig gehalten, weshalb eine Ferienprüfung des Gemeindeparlamentes anberaumt war. Die Tagesordnung enthielt nur fünf Punkte, die ziemlich rasch erledigt wurden.

In einer Vorlage wurde die Zustimmung zum Erlaß einer Polizeiverordnung gefordert, den Betrieb von Schweinemästereien betreffend, durch deren Bestimmungen man zu erreichen hofft, daß die übermäßige Bestockungswildung, unter der die weite Umgebung solcher Betriebe gegenwärtig arg zu leiden hat, auf ein Mindestmaß eingeschränkt wird. Die Verordnung ist ganz unzulänglich und dürfte kaum eine Besserung bringen.

Weglich der Aufstellung eines Gemeindevorsteher meisters herrschte eine große Meinungsverschiedenheit darüber, ob ein Tief- oder Hochbaumeister zu bevorzugen sei. Mit knapper Mehrheit entschied man sich für Tiefbau. Wenn man bedauert, in welchem verfallenen Zustand sich unsere Straßen befinden, welche trübe Erfahrungen wie mit der Kanalisation machen mußten, und

welche große Arbeiten noch bevorstehen bei Ausschluß des umfangreichen, unbedauten Geländes unserer Gemeinde, so dürfte der Beschluß nur zu begrüßen sein.

Nachdem dann die übrigen, weniger interessierenden Punkte erledigt waren, kam, dank dem Vorgehen unseres Genossen Binzler, eine Angelegenheit zur Sprache, die die allergrößte Beachtung verdient. Der Genosse hatte festgestellt, daß am vergangenen Mittwoch die Wasserleitung in der Halbeseeerstraße derart schmutziges Wasser abgab, daß es völlig unbrauchbar, weggeschüttet werden mußte. Es handelte sich nicht etwa um eine geringe Trübung, wie sie zuweilen beim Auswecheln von Rohren unvermeidlich ist, sondern das Wasser war braun und schlammig und auf der Oberfläche schwammen große Teer- resp. Deiflesken. Auch ist der Fall nicht der einzige, wie die Diskussion ergab, vielmehr konnten an verschiedenen Stellen des Ortes und zu verschiedenen Zeiten gleiche Beobachtungen gemacht werden. Die von unserem Vertreter im Interesse der Gesundheit der Einwohner unseres Ortes geforderte schnelle Untersuchung suchte man von bürgerlicher Seite zunächst unter allerlei nichtigen Vorwänden zu verzögern, mußte aber schließlich unter den Argumenten unserer Genossen folgen.

Stralau.

Bei dem am Sonntag, den 24. Juli in der Alten Laverne abgehaltenen Sommerfest ist in Saale eine goldene Damenuhr verloren gegangen. Die junge Dame, die die Uhr aufgehoben hat, wird dringend ersucht, die Uhr an den Obmann des Komitees, Genossen Otto Bernhardt, Marktgrafendamm 4, Hof IV Treppen abzugeben.

Friedenau.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist der 10jährige Schüler Franz Horatschek aus der Bornstraße in Friedenau. Der Kleine hatte mit mehreren anderen Kindern auf einem benachbarten Grundstück gespielt und mehrere Knaben waren auf einen 3 Meter hohen Schuppen geklettert. Auf dem Dache trieben die Jungen allerlei Klötze. Dabei wurde der Kleine H. von einem seiner Spielfameraden unabsichtlich so heftig angestoßen, daß er das Gleichgewicht verlor und kopfüber von dem Schuppen herabstürzte. Der Verunglückte erlitt schwere innere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustande in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus eingeliefert.

Rankow.

Sonntag, den 31. Juli, findet das 2. Stiftungsfest der Freien Turnerschaft Rankow, N. d. N.-L., statt. Pünktlich 2 Uhr vom Vereinslokal, S. Säulz, Mühlenstr. 21, Umzug durch den Ort mit Musik. Nach dem Umzug Schauturnen auf dem Festplatz, abends großer Ball. Die Musik wird ausgeführt von der Kapelle der Freien Turnerschaft Rixdorf. Da der Verein der Partei stets zur Verfügung steht und das Komitee sich die größte Mühe gegeben hat, das Fest genussreich zu gestalten, werden die Parteigenossen sowie Freunde und Gönner ersucht, den Verein durch regen Besuch zu unterstützen.

Potsdam.

Der ortsbildliche Tagelohn ist jetzt für den Stadtkreis Potsdam vom Regierungspräsidenten festgesetzt: auf 3,25 M. für männliche Arbeiter über 16 Jahre und 1,40 M. für solche unter 16 Jahren und auf 1,70 M. für weibliche Arbeiter über 16 Jahre und 1,00 M. für solche unter 16 Jahren. Die Sätze treten vom 1. Januar 1911 in Kraft.

Spandau.

Wegen Eittischkeitsverbrechen wurde der Arbeiter Wilhelm Sch. aus der Wismarstraße verhaftet. Derselbe wird beschuldigt, sich mehrmals an seiner eigenen eijährigen Tochter vergangen zu haben.

An den erlittenen Brandwunden gekorben ist die Ehefrau des Arbeiters Frommann, welche sie sich bei der Explosion eines Spiritusplättchens zugezogen hatte.

Submissionskisten. Für den ausgeschriebenen Bau eines Regenwasserkanals waren 22 Offerten beim hiesigen Magistrat eingegangen. Die niedrigste Forderung betraf sich auf 16708 M., die der hiesige Tiefbauunternehmer J. A. H. abgegeben hatte. Die höchste Forderung von einem auswärtigen Unternehmer betrug 45000 M. Falls die Forderung an den Mindestfordernden vergeben wird, dürften wieder recht viel polnische und galizische Arbeiter, ja vielleicht auch Frauen nach Spandau kommen, denn nur auf Kosten der Herunterbildung der Arbeitslöhne ist eine Mindestforderung zu erklären. Es wäre erwünscht, wenn die sozialdemokratischen Stadtverordneten sich einmal danach erkundigten, ob bei der Ausschreibung auch vorgelesen ist, daß der ortsbildliche Tagelohn gezahlt und hiesige Arbeiter in erster Linie berücksichtigt werden, die Stadtverordnetenversammlung hatte sich seinerzeit dahin ausgesprochen, daß diese Bedingungen bei den Ausschreibungen gestützt werden.

Arbeiter-Samariterbund, Abteilung Spandau. Am Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale J. Wöhle, Gavelstraße 20, der Übungsabend statt.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Am Sonntag, den 31. Juli, 4 Uhr nachmittags, veranstaltet der Jugendklub im Schloßpark zu Friedrichsfelde am dem großen Spielplatz gemeinsame Spiele für Jung und Alt. Die Erwachsenen werden besonders ersucht, daran teilzunehmen. Vieles lächer mitbringen.

Leser- und Diskussionsklub „Seine“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Herrn Gröndler, Koberbergstr. 8. Gäste willkommen. Les.- und Diskussionsklub „Stralauer Aler“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Jellenberg, Capriolstr. 20. Gäste willkommen.

Witterungsüberblick vom 26. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe am Ort	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer Höhe am Ort	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C
Schwandau	755,5	SE	3	17	Saparanda	754,5	NO	2	13
Damberg	753,5	SE	3	17	Hellersdorf	757,5	W	1	16
Berlin	755,5	SE	3	17	Seiditz	761,5	SE	4	13
Frankfurt a. M.	757,5	SE	3	17	Aberdam	760,5	SE	4	11
Wilmshagen	759,5	SE	3	17	Warsz	760,5	SE	4	14
Wien	760,5	SE	3	16					

Wetterprognose für Mittwoch, den 27. Juli 1910.

Einmal kühl, teilweise heiter, jedoch noch unbedeutend mit häufigen Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25. 7.		am 26. 7.	
	am	teil	am	teil
Remel, Mühl	108	0	108	0
Bregel, Ankersburg	—	—	—	—
Wegelsl, Thom	125	+14	125	+14
Oder, Rathbor	377	+170	377	+170
Kroffen	295	—	295	—
Krausfur	229	+1	229	+1
Bärthe, Schrumm	62	—	62	—
Landberg	33	—	33	—
Rege, Bortmann	—	—	—	—
Silde, Lettmertz	41	—	41	—
Preußen	—	—	—	—
Barbo	206	—	206	—
Wagdeburg	170	—	170	—
Saale, Grodau	148	+13	148	+13
Saale, Spandau	46	—	46	—
Saale, Rathenow	36	+5	36	+5
Spreew, Spremberg	112	—	112	—
Deestom	86	+2	86	+2
Wejter, Wübben	—	—	—	—
Winden	114	—	114	—
Rhein, Magdalenandamm	602	—	602	—
Kraus	418	—	418	—
Klein	467	—	467	—
Redar, Heilbrunn	128	+8	128	+8
Rhein, Berthelmann	156	—	156	—
Wolke, Tietz	—	—	—	—

+) + bedeutet Quage, — hal. — Unterpegel. — *) Um 5 Uhr nachmittags: 337 cm.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Rosenheimer, M.

Fritz Schnicke

Wolter, Carl

Zutran, C.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk!

Köhnen & Jöring

Bäckereien, Konditor

Feronia

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Erscheint 2 mal wöchentlich

Neptun-Bad, Schiffhaus-Allee 104.

Bandagen, Gummilw.

Panschow

Boerdig-Anst. Sargm.

Beloucht-Gegenst.

Berufskleidung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

W. Adelung & A. Hoffmann

Patzenhofer Brauerei

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

Max Böhm

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Weifensee, G. Enders

Caramel-Weißbier

Groterjans

Kaiser-Brauerei A. G.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Schlossbrauerei Schöneberg

Vereins-Brauerei

Berliner Kindl

Weißbier Albert Braun

Weißbier C. Breithaupt

Ed. Gebhardt A. G.

Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck

Fritz Bartz

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Kosmalla, E.

Maeding, J.

Moller, Ernst Max

Nordstern

Pomorski, Paul

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

König Julius Levy Link, Paul

Paul Loewenthal

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

König, Herm.

Stenzel, Paul

Taubert, J.

H. Reimann

Winkler & Barthold

Fleischer, u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschus Nachflg.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehau

Fleisch-u. Wurst-Centrale

Wihl, Vogel

Wühle, Gust.

Grammoph., Sprechm.

Hoyer, A.

Jendrosch & Co.

Jahre, M.

Carl Müller

Rund um Berlin

Solidaria-Fahrräder

Wandelt

Färbereien, Wäcker.

Carl Polnow

Gebr. Erbguth

Meesters, Th.

Ärbererei

Stenzel, Paul

Taubert, J.

H. Reimann

Winkler & Barthold

Fleischer, u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschus Nachflg.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehau

Fleisch-u. Wurst-Centrale

Wihl, Vogel

Wühle, Gust.

Grammoph., Sprechm.

Untenstehende Geschäfte

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

Schreier, Ad.

Herren-Artikel

Blitz!

Bohn, R.

Ed. Freitag

Goldstein

Hamburg-Steglitz

Hirschfeldt

Max Kaplan

Ringel

Kosner, Max

Schönlund & Sohn

M. Swarenski

Sie kaufen recht auch nach Maß

Werner, Erich

Karl Westhof

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Belbe, Rud.

Casper, Ed.

Falkenberg, Paul

Emil Hoegner

M. Jacob

Kaufhaus Gustav Pinkus

Wilde, J.

Kinematograph-Theater

Kohlen, Koks, Briketts

M. F. Leyke

Gebr. A. & J. Podzuweit

August Dankert

Joh. Eichler

Grabitz

With Grönig

Habets, Franz

Heinrich, R.

Henckel, Wilh.

Herrmann, Alfr.

Paul Hermann

Hertel, Ernst

Hilfrich, A.

Paul Just

Kamm, Max

Vermischtes.

„Leichenmangel“.

Ueber Leichenmangel klagt — die Münchener Anatomie. In einem autographischen Rundschreiben an die Gemeinden des Landes spricht die Direktion der Igl. anatomischen Anstalt München von dem starken Leichenmangel, unter welchem die Ausbildung der zahlreichen Medizinstudenten an der Münchener Universität zu leiden habe.

überwiesene Leiche soll kirchlich eingeseget und auf Wunsch der Angehörigen in einem mit Kreuz und Namenszettel versehenen Grabe auf Kosten der Anstalt beigelegt werden.

Opfer der Hitze in Amerika.

Die gegenwärtige Hitze in der Ostunion ist größer als die vor vierzehn Tagen. 29 Grad Celsius waren vergangene Nacht 12 Uhr zu verzeichnen; dies ist zwei Grad mehr als am 10. Juli, dem heißesten Tag des diesjährigen Sommers.

regelmäßigen Schlaf kann bei der gewaltigen Hitze kaum gedacht werden. — In New York waren gestern 12, in Pittsburg 6, in Philadelphia 4, in Boston und Baltimore je zwei Todesfälle infolge Hitzschlages zu verzeichnen.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 29. Juli 1910, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer Nr. 15:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gesamtvorstandes vom zweiten Quartal. 2. Bericht von der neunten Generalversammlung in Dresden. 3. Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Charlottenburg. Großer Saison-Ausverkauf von guter Herren- und Knaben-Bekleidung zu enorm billigen Preisen der Firma S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12.

Wir empfehlen: Die Welträtsel. Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie. Von Ernst Dächel.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Nidderwerder, an der neuen Seestraße beim Alten Freund.

Theater und Vergnügungen

Rittwoch, den 27. Juli. Anfang 7 Uhr. Neues königl. Opern-Theater. Die Weiserfinger von Nürnberg.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Heute abend 8 Uhr: Die Insel Rügen.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.) Gottscheid-Oper. Rittwoch, abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910. 30. April bis 2. Oktober. Im Park täglich Doppel-Konzert.

Burgtheater-Kinematograph. vorm. Grotzjan. Zubeh.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9953.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert.

Luna Park. TERRASSEN HALENSEE. Größter Vergnügungspark des Kontinents.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Die böse 13. Die keusche Toinette.

Volksgarten-Theater. früher Wolmann. Badstr. 8. Dehm- u. Bestermannstraße.

Lessing-Theater. Täglich 8 Uhr: Rajernenluft.

Passage-Panoptikum. Die zusammengewachsenen Schwestern Blazek und ihr Kind.

„Pharus-Sommer-Theater“. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart. Berlin N., Müllerstr. 142.

CIRCUS CYRILL HALLÉ. Nur noch 2 Tage in Schöneberg, Mühlentstraße.

Schweizer Garten. Am Königstor — Am Friedrichshain. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Taifun. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Der größte Theatererfolg Berlins der spanische Caruso.

BBB Brunnenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins. Neues Programm. Eintritt 30 Pf.

Reichshallen-Theater. Gastspiel Winter Tymian mit seiner berühmten Herren-Gesellschaft.

Vereins-Brauerei. Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt.

WINTERGARTEN. Saison-Schluss: 31. Juli 1910. Letzte Woche! La Tortajada in ihrer neuesten Schöpfung: „Abenteuer eines Toreros“.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! 8 Bildern von Jul. Freund.

Achtung! Diez' nur Achtung! Seeterrasse Lichtenberg. Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten.

Max Kliems Sommertheater und Festsäle. Inh.: Rudolf Krüger, Hasenhöhe 13/15, vis-a-vis v. Turnpl.

ROSE-THEATER. Große Bauunter Str. 132. Auf der Gartenbahn: Der Seeadler.

Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7-9. Täglich: Schützenlied.

Walhalla Varieté-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenh. Tor. Abends 8 1/2 Uhr: Das großartige Varieté-Programm.

Puhlmanns Theater. Schön. A. 148 — Kastanien-A. 97/99. Die Tochter der Hölle.

